

Rundbrief 1-2025

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 4 Junge DGO
- 6 Zweigstellen

Publikationen

- 8 Zeitschrift OSTEUROPA
- 12 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 14 OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast
- 16 Länder-Analysen

Mitglieder

- 18 Protokoll der Mitgliederversammlung
- 23 Neuer DGO-Vorstand gewählt
- 24 Klaus-Mehnert-Preis
- 26 Karin-Wolff-Preis
- 28 Veröffentlichungen
- 29 Personalien
- 30 Junge DGO
- 32 #nachgehakt. Präsidentschaftswahlen in Polen (Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg)

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 34 Personalien
- 34 Forschungsverband ASEES in Russland als „unerwünschte Organisation“ gelistet
- 35 Keine Randgeschichte(n) – Dezentriert forschen an den interimperialen Kontaktzonen Osteuropas – das Max Weber Netzwerk Osteuropa (MWNO)
- 36 Cost Action: 23149 Democratization at State? Comparing Anti-Gender Politics in Central and East European Countries and Near and Middle East
- 38 Wissenschaft und Forschung in Zeiten von Repression und Krieg. Sandra Dahlke und Michael Rochlitz über die Auswirkungen des russischen Autoritarismus auf die Geschichts- und Politikwissenschaften

Veranstaltungsberichte

- 42 Für eure und unsere Freiheit. Georgien im Zeichen des Protestes
- 44 Laboratorium Osteuropa. Öffentlichkeit und Medien in Zeiten von Diktatur und Krieg
- 50 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Erinnerungspolitik in Belarus und Russland
- 52 Ein neuer ‚Fall Ungarn‘? Die Slowakei unter Robert Fico
- 54 Akademische Orthodoxe Theologie in der Ukraine. Perspektiven für die Zeit nach dem Krieg

Impressum

Liebe Mitglieder,

die DGO feiert erneut ein Jubiläum. Im Herbst 1925, vor genau 100 Jahren, erschien die Zeitschrift OSTEUROPA zum ersten Mal. Das Editorial der Jubiläumsausgabe „Gespiegelte Wirklichkeit“ charakterisiert die Zeitschrift sehr treffend als Barometer. OSTEUROPA ist ein Barometer, an dem sich die politische Wetterlage zwischen Ost und West ablesen lässt und gleichzeitig ein Spiegel für den deutschen Blick auf das östliche Europa. Zwei Weltkriege, Stalinismus und Nationalsozialismus, die politische Teilung Europas, die in der Teilung Deutschlands besonders greifbar wird, europäische Annäherungen und erneute Konfrontationen bis zum Krieg – all diese Brüche und Kontinuitäten haben die Inhalte der OSTEUROPA in den vergangenen 100 Jahren geprägt.

Mit der Jahrestagung der DGO haben wir das Jubiläum der Zeitschrift zum Anlass genommen für eine Analyse von Öffentlichkeit und Medien in Zeiten von Diktatur und Krieg. Im Vordergrund standen dabei aktuelle Entwicklungen. Denn im Vergleich zu Deutschland vollzieht sich der digitale Wandel in den meisten ostmittel- und osteuropäischen Ländern wesentlich schneller. Digitale Medien erleichtern die Produktion und Verbreitung von Informationen und sind gleichzeitig zentrale Instrumente der Desinformation. Das „Laboratorium Osteuropa“ ermöglicht daher Einblicke darin, wie Journalismus in Zeiten der Digitalisierung unter unterschiedlichen politischen Gegebenheiten funktioniert.

Die aktuellen politischen Entwicklungen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der DGO. Vor allem die im vergangenen Sommer erfolgte Listung unserer Gesellschaft als „extremistische Organisation“ seitens des Justizministeriums der Russischen Föderation hat für unsere Verbandsarbeit, unsere Mitglieder und Kooperationspartner, aber auch für die osteuropabezogenen Wissenschaften weitreichende Folgen. Deutlich zum Ausdruck kam dies in einer Umfrage unter den Mitgliedern der DGO, die wir zu Beginn dieses Jahres durchgeführt haben. Erste Ergebnisse haben wir auf der diesjährigen Mitgliederversammlung vorgestellt. Die Umfrage ist Teil einer Evaluation der Verbandsarbeit, die die DGO zur Zeit durchführt. Im nächsten Rundbrief werden wir genauer über die Evaluation berichten.



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

Die zunehmende Konfrontation mit Russland rückt die Relevanz der Osteuropaforschung auch ins politische Bewusstsein. Die neue Bundesregierung hat dies in ihrem Koalitionsvertrag klar formuliert. Die DGO betrachtet es als ihre Aufgabe, Impulse für eine geeignete Wissenschaftsförderung zu geben. Wir haben zu diesem Zweck in den vergangenen Monaten einen Diskussionsprozess eingeleitet, an dem sich die Fachgruppen, Zweigstellen und Mitglieder der Jungen DGO beteiligen. Zwei Interviews zu den Auswirkungen von politischer Repression und Krieg auf die Forschung zum östlichen Europa finden Sie im vorliegenden Rundbrief. Außerdem informieren wir Sie über die bisherigen Veranstaltungen und Publikationen der DGO in der ersten Jahreshälfte 2025 und über die weiteren Aktivitäten der DGO.

Herzlichen Dank an alle, die sich in unterschiedlicher Weise für die Belange der DGO engagieren!
Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

Dr. Gabriele Freitag

09:00-09:45
100 Years of the Journal OSTEUROPA:
A German View on Eastern Europe

MANFRED SAPPER
DGO/OSTEUROPA, Berlin

DGO

Kooperationspartner

DGO

RF

Partner

ZEIT
STIFTUNG
BUCHERUS

RF

REPORTER
OHNE GRENZEN

DGO

Deutsche Gesellschaft für
Östereuropakunde e.V.



Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
13.–14. März, Berlin	DGO–Jahrestagung Laboratorium Osteuropa Öffentlichkeit und Medien in Zeiten von Diktatur und Krieg Bericht: S.44	Bundeszentrale für politische Bildung, Reporter ohne Grenzen, ZEIT STIFTUNG BUCERIUS
14. Mai, online	Forum für historische Belarus-Forschung 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Erinnerungspolitik in Belarus und Russland Link: www.youtube.com/watch?v=n5E8_AcxVKw Bericht: S.50	
24. Juni, online	Webtalk Ein neuer ‚Fall Ungarn‘? Die Slowakei unter Robert Fico Link: www.youtube.com/watch?v=oUF_3Fbd0nY Bericht: S.52	Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 
27–29. Juni, Göttingen	Fachtagung Religion Akademische Theologie in der Ukraine – Perspektiven für die Zeit nach dem Krieg Bericht: S.54	

JDGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
10. Januar, Bochum	Zukunft Osteuropa VII Berufschancen nach der Zeitenwende	

JDGO Regionalgruppen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bayern		
4. April, München	1. Tag der Münchner Osteuropastudien Wie geht es weiter mit der Ukraine?	
16. April, München	Birthing Democracy: Surrogate Broadcasters and Freedom of the Media in Unfree States	Shota Kincha (Georgien), Vera Monina (Belarus)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
24. Juni, Regensburg	Podiumsdiskussion Russian-European relations from a journalistic view-point: The Russian Invasion in Ukraine and a possible Post-War Outlook	Daria Zakharova (Bremen), Christian Heitmann (Bratislava)

Hamburg		
8. April, Hamburg	#nachgehakt Präsidentchaftswahlen in Polen Bericht: S.32	Agnieszka Pufelska (Lüneburg), Bastian Sendhardt (Darmstadt), Christian Nerzejewski (Hamburg)

Gießen / Marburg		
24–25. Juni, Gießen	Workshopreihe Schreiben über Osteuropa. Eine interdisziplinäre Workshopreihe	

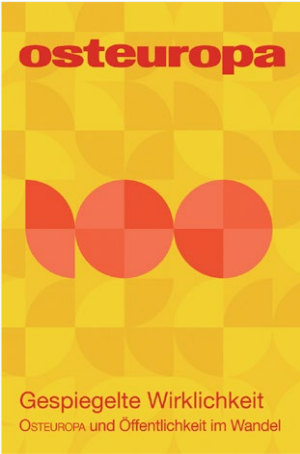
Zweigstellen: Rückschau

Datum/Ort	Titel	Referent*Innen
Bochum		
	Veranstaltungsreihe Kriegslandschaften: Umweltzerstörung und historische Erinnerung in Osteuropa	
8. Mai, Bochum	Vortrag Umwelt und Krieg: Ökosysteme und technische Infrastrukturen im Fadenkreuz des russischen Angriffs auf die Ukraine	Anna Veronika Wendland (Marburg)
14. Mai, Bochum	Vortrag Militarisierte Umwelt: Natur und Raum an der Ostfront des Ersten Weltkrieges	Oksana Nagornaia (Berlin)
21. Mai, Bochum	Vortrag Writing War: History, Knowledge, and Resistance	Olesya Khromeychuk (London)
4. Juni, Bochum	Vortrag Ein Museum gegen den Krieg. Geschichte des deutsch-russischen Erinnerungsprojekts in Berlin-Karlshorst	Jörg Morré (Berlin)
Bonn / Köln		
14. Januar, Bonn	Podiumsdiskussion Die Ukraine kommt in die Region. Erfahrungen der Ukrainevermittlung in Deutschland	Kateryna Rietz-Rakul (Berlin), Franziska Davies (München), Martin Aust (Bonn)
10. März, Köln	Lesung und Podiumsdiskussion Small Numbers, Big Presence: Jews in Poland after World War II	Stanisław Krajewski (Warschau), Angelika Nußberger (Köln)
Dresden		
15. Mai	Vortrag Wohin bewegt sich Russland? Szenarien für das Jahr 2040	Manfred Sapper (Berlin)
Hamburg		
15. Januar	Vortrag Protestrap als politischer Gratmesser? Drei ‚Revolutionshymnen‘ aus Kirgistan	Florian Coppenrath (Berlin)
Jena		
27.Mai	Buchvorstellung und Gespräch To the Success of Our Hopeless Cause. The Many Lives of the Soviet Dissident Movement	Benjamin Nathans (Pennsylvania)

Datum/Ort	Titel	Referent*Innen
Konstanz		
30. Januar	Vortrag Finns in the Soviet Press 1920–1937: Narratives of the New Soviet Finn	Anna Laakkonen (Dublin)
Leipzig		
6. Februar	Podiumsdiskussion Für eure und unsere Freiheit: Georgien im Zeichen des Protests Bericht: S. 42	Giorgi Maisuradze (Tbilisi), Luka Nakhutsrishvili (Tbilisi), Katie Sartania (Berlin), Anna Margvelashvili (Weimar)
Mainz		
10. Juni	Vortrag Warum gibt es kein Museum für die Geschichte des Kommunismus in Polen? Der Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit in Polen	Jerzy Kochanowski (Warschau)
Marburg		
23. April	Lesung und Gespräch mit dem belarusischen Schriftsteller-Paar Alhierd Bacharevič & Julia Cimaŋiejeva	Alhierd Bacharevič, Julia Cimaŋiejeva (Berlin)
Münster		
22. August	Film & Gespräch The Dmitriev Affair	Valentin Peschanskyi (Münster), Alexey Gusev (Münster), Ricarda Vulpius (Münster)
Oldenburg		
2. April	Gespräch und Diskussion Sonderzug nach Moskau?: Die deutsche Russlandpolitik und der Krieg gegen die Ukraine	Bastian Matteo Scianna (Potsdam), Hans-Christian Petersen (Osnabrück)
Tübingen		
21. Mai	Vortrag Heilige Feuer als Symbole des Kriegsgedenkens in Lettland 1924–1940 Ein Beitrag zu einer Globalgeschichte der Ewigen Flammen	Mischa Gabowitsch (Germersheim)

Publikationen

OSTEUROPA



2025 begeht die Zeitschrift OSTEUROPA den 100. Jahrestag ihrer Gründung. Grund genug, einen kritischen Rückblick auf die eigene Geschichte zu werfen. In OSTEUROPA spiegelt sich zweierlei: die von Faszination und Feindschaft geprägte deutsche Haltung gegenüber Osteuropa sowie die gesellschaftliche und politische Dynamik im Osten Europas. Der Band „Gespiegelte Wirklichkeit. Osteuropa und Öffentlichkeit im Wandel“ untersucht am Beispiel der Zeitgeschichte, des Zweiten Weltkrieges, des Holocausts, der Literatur und der Musik, wann und mit welchen Vorzeichen „der Osten“ in den deutschen Horizont rückt, welche Bedeutung bei der Vermittlung von Bildern und Themen Auslandskorrespondenten haben und wie stark die politische Großwetterlage die Rezeption bestimmt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Analyse der Medienlandschaft und der Öffentlichkeit in der Ukraine, Russland und Belarus sowie im Exil in Zeiten von Diktatur, Krieg und Zensur gewidmet. Unter den Autoren der 31 Beiträge sind u. a. Jens Bisky, Gerd Koenen, Christian Neef, Katharina Raabe, Dorothea Redepenning, Ulrich Schmid und Karl Schlögel.

OSTEUROPA 1–3/2025 hat 472 Seiten, 2 Karten, 55 Abbildungen und kostet im Buchhandel 32,00 €. DGO-Mitglieder können ihn für 24,00 € (statt 32,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL Barometer	Manfred Sapper Im Geist der Zeit und gegen den Strich OSTEUROPA 1925–2025: eine Geschichte <i>Otto Hoetzsch: Deutschland und Rußland. Ein Wort zur Einführung Dokumentation</i>	So „funktionieren“ OSTEUROPA-Texte online
Gerd Koenen Der fatale Nexus Deutschland und Russland 1925–2025	Paul Ingendaay Pakt der Freien Eine Zeitschrift gegen die Zerstörung des Denkens: OSTEUROPA	Aurelia Ohlendorf Denkhilfen Karten in OSTEUROPA
Christian Neef Balanceakt Berichterstattung Paul Scheffer, Hermann Pörzgen, Gerd Ruge	Jens Bisky Die Anwälte der Texte Vom Anachronistischen der Redaktionsarbeit	Gwendolyn Sasse An der Schnittstelle Wissenschaft & Öffentlichkeit. Eine Reflexion
Markus Ackeret „Über manche Themen schreibe ich nicht mehr“ Als Korrespondent heute in Russland		OSTEUROPA IM BLICK. DIMENSIONEN DER PERZEPTION
100 JAHRE OSTEUROPA		Dietrich Beyrau Perspektivenwechsel 100 Jahre historische Osteuropaforschung
Cord Aschenbrenner Gedanken eines lesenden Journalisten OSTEUROPA – „Mehr sein als scheinen“	Felix Eick Eine schmerzhafte Erkenntnis	Karl Schlögel Mein OSTEUROPA Versuch einer Vergegenwärtigung

Kristiane Janeke
Beschwiegen, verdrängt, vergessen
Der Krieg gegen Polen und die UdSSR

Anke Hilbrenner
„Erinnerungsweltmeister“ mit Scheuklappen
Der späte Blick auf den Holocaust in Osteuropa

Ulrich Schmid
„Ferne Länder, über die wir wenig wissen“
Die politisierte Rezeption osteuropäischer Literatur im Kalten Krieg 1946–1989

Katharina Raabe
Eine Welt im Schatten
Osteuropäische Lektüren, 1989–2025

Dorothea Redepenning
Der Klang des Jahrhunderts
Musik aus der Sowjetunion in Deutschland

Roland Götz
Reformen des Unreformierbaren
Die Sowjetwirtschaft und ihre Reformen in OSTEUROPA

ÖFFENTLICHKEIT UND GESELLSCHAFT IM WANDEL

Astrid Sahn
Zivilgesellschaft von Lukašenkas Gnaden?
Gesellschaftlicher Strukturwandel in Belarus

Diana Dutsyk, Andreas Umland
Zwischen Freiheit und Zensur
Ukrainische Medien in Zeiten des Krieges

Florian Töpfl
Brutalisierung und Repression
Russlands Krieg und Wandel der Öffentlichkeit

Ksenia Lučenko
Gegen Zensur und Krieg
Unabhängige Medien im Exil & in Russland

Birger Schütz
Absturz eines Hoffnungsträgers
Pressefreiheit und Öffentlichkeit in Kirgistan

Felix Sandalov
Schwierige Gegenöffentlichkeit
Russische Verlage in der Emigration

Philipp Christoph Schmädeke
Wissenschaft im Exil
Strukturelle Probleme, Herausforderungen, Perspektiven

ELEMENTE EINER DIGITALEN ÖFFENTLICHKEIT

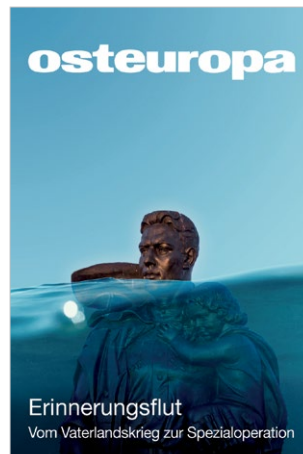
Felix Ackermann
Vom Telegraphen zu Telegram
Digitale Plattformen in Russland und der Ukraine

Wanja Müller
Verstaatlichung von Odnoklassniki
Klassenkameraden im digitalen Autoritarismus

Taras Nazaruk
Eine Dekade Telegram
Meinungsfreiheit und Sorge um Sicherheit

Gundula Pohl
Content Creator in Uniform
Belarus’ Genozidkampagnen auf YouTube

Hanna Horn
Mediale Zwischenwelt
LiveJournal als Refugium für belarussische Stimmen



Die neue Osteuropa-Ausgabe „Erinnerungsflut. Vom Vaterlandskrieg zur Spezialoperation“ schlägt den Bogen von der spätstalinistisch geprägten Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“, wie sie das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow vermittelt, zu Russlands Besatzungspraxis in den annektierten Gebieten der Ukraine, die durch Zwangsanpassung und Terror geprägt ist; analysiert den Kriegsverlauf in der Ukraine im letzten Quartal; blickt auf die strategische Niederlage, die der Fall des Assad-Regimes für Russlands Position im Nahen Osten bedeutet und blickt hinter die Kulissen der polarisierten politischen Lage in Georgien.

Der Band umfasst 208 Seiten und 13 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn für 18,00 € (statt 24,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL
Fließbild

Andreas Heinemann-Grüder u.a.
Zwangskonversion und Terror
Russlands Besatzungsregime in der Ukraine

Wolfgang Stephan Kissel
Der lange Schatten des Stalinismus
Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park

Nikolay Mitrokhin
Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte Winter 2024/25

Namig Abbasov, Emil Souleimanov
Assads Sturz und die Folgen
Russland und der Nahe Osten

Oliver Reisner
Seilschaften und Staatsbürgertum
Formen des sozialen Zusammenhalts in Georgien

Ana Kirvalidze
Fragmentiert und polarisiert
Einblicke in die georgische Gesellschaft

Külğazira Baltabaeva
Klassenkampf gegen Geistliche
Sowjetische Islampolitik in Kasachstan 1920–1940

Felix Ackermann
Blinder Fleck DDR
100 Jahre OSTEUROPA ohne Ostdeutschland

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.



Bartosz Wieliński

OSTEUROPA-Recht



Am 28.–29. November 2024 fand eine Tagung zum 25. Jubiläum der EU-Osterweiterung in Wien statt, die vom Forschungsinstitut für Wirtschaftsrecht in Mittel- und Osteuropa (FOWI) organisiert wurde. Das Institut spielte eine bedeutende Rolle bei der Integration osteuropäischer Forschung in westliche Netzwerke, muss jedoch nun geschlossen werden, was einen großen Verlust für die Wissenschaft darstellt. Angesichts aktueller Krisen wie Krieg und demokratischen Rückschritten ist Osteuropakompetenz wichtiger denn je, insbesondere für den Wiederaufbau der Ukraine und die Entwicklung der östlichen EU-Staaten. Die Zeitschrift OSTEUROPA-Recht setzt daher die Arbeit an der Europäisierung des ukrainischen Rechts fort und behandelt in diesem Heft komplexe Fragen wie die Anerkennung von Richterentscheidungen, die verfassungswidrig zustande gekommen sein könnten. Diese Entwicklungen haben nicht nur für Polen und die Ukraine, sondern für die gesamte EU erhebliche Relevanz.

Inhalt

Yevheniia Duliba
New Law of Ukraine of 10 June 2023 No. 3153-IX
“On Consumer Protection”: Inadequate Approach to the Implementation of Directive 2019/771

Bartłomiej Dzierwa
Comments on the judgment of the Polish Supreme Court, II CSKP 765/22

Jakub Gąsiorek
Comments on the Polish Supreme Court’s resolution III CZP 24/20

Marcin Gryc
Comments on the Judgment of the Polish Supreme Court of 31 March 2020, Case Ref. no. II CSK 124/19

Adrain Szpunar
Admissibility of a Sanction Rescission of a Distribution Relationship as a Continuous Obligation — Commentary to the Judgment of the Court of Appeal in Rzeszów of 10 June 2021, I AGa 43/20

Bestellungen
Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de.
Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 26,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.



Vasili Golod

OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast

Die DGO verfügt über umfassende Expertise zu allen Ländern des östlichen Europa. Diese Expertise gibt es nun auch als Podcast! In „OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast“ laden wir renommierte Expert*innen ein und diskutieren mit ihnen über aktuelle Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Region.

OSTERWEITERUNG ist kostenlos über alle gängigen Podcast-Plattformen abrufbar, z.B. auf Podcast.de, Spotify, Amazon, YouTube oder Apple Podcast.

Die neuen Episoden im Überblick:

Episode 15: Krieg im Netz: Forschung unter Beschuss

Episode 15 von OSTERWEITERUNG mit **Sabine Fischer** und **Klaus Gestwa** untersucht die Veränderungen und Herausforderungen der wissenschaftlichen Kommunikation über Russland und die Ukraine, insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg. Beide Wissenschaftler*innen berichten von einer Zunahme an Politisierung und Polarisierung ihrer Arbeit sowie von Herausforderungen durch Desinformation und hate-speech in sozialen Medien. Wir sprechen mit ihnen über Vor- und Nachteile der Nutzung sozialer Plattformen für die Wissenschaftsvermittlung und die Auswirkungen von Fake News und dem Rückzug von Faktenchecks.

www.podcast.de/episode/684363711/krieg-im-netz-forschung-unter-beschuss



Episode 16: Polen: Alles offen vor der Stichwahl

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl in Polen ist entschieden, hat jedoch noch keinen klaren Sieger hervorgebracht. Der Wahlausgang hat in vielerlei Hinsicht überrascht – insbesondere durch die starken Ergebnisse rechtsextremer Kräfte. Was bedeutet dieses Ergebnis politisch für Polen, und welche Auswirkungen könnte der weitere Verlauf auf die Regierung von Donald Tusk sowie auf die deutsch-polnischen Beziehungen haben? Darüber sprechen wir mit unseren Gästen: **Karolina Wigura**, Soziologin, Senior Fellow am Zentrum Liberale Moderne in Berlin, Geschäftsführerin der Zeitschrift Kultura Liberalna in Warschau sowie Professorin an der Universität Warschau, und **Peter Oliver Loew**, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, Historiker, Honorarprofessor an der Technischen Universität Darmstadt und Mitglied des Vorstands der DGO.

www.podcast.de/episode/687654663/polen-alles-offen-vor-stichwahl



Olha Rudenko

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.



Belarus-Analysen

Nr. 77 (07.02.2025)
Präsidentswahlen/Widerstand im Exil

Polen-Analysen

- Nr. 339 (21.01.2025)
Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025
- Nr. 340 (04.02.2025)
Entwicklungen in der Sozial- und Familienpolitik
- Nr. 341 (18.02.2025)
Polen und Ukrainer – die Wahrnehmung nach drei Jahren russischem Angriffskrieg
- Nr. 342 (04.03.2025)
Der Präsidentswahlkampf 2025
- Nr. 343 (18.03.2025)
Das polnische Rentensystem
- Nr. 344 (01.04.2025)
Zum Verhältnis von Kirche und Staat
- Nr. 345 (15.04.2025)
Die polnische Migrationspolitik
- Nr. 346 (06.05.2025)
Energiepolitik in Polen
- Nr. 347 (20.05.2025)
Vorschläge zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit

- Nr. 348 (10.06.2025)
Die Beziehungen zwischen Polen und den USA / Die polnischen Präsidentenwahlen
- Nr. 349 (17.06.2025)
Polens Wirtschaft – Erfolge und Herausforderungen

Ukraine-Analysen

- Nr. 309 (03.02.2025)
Sicherheits- und Außenpolitik
- Nr. 310 (11.02.2025)
Ende des Gastransits
- Nr. 311 (24.02.2025)
Kriegsgeschehen / Friedensverhandlungen
- Nr. 312 (25.03.2025)
Rüstungsindustrie
- Nr. 313 (11.04.2025)
Arbeitsmarkt/Wirtschaftsentwicklung
- Nr. 314 (07.05.2025)
80 Jahre Kriegsende
- Nr. 315 (20.05.2025)
Wahlen im Krieg?
- Nr. 316 (05.06.2025)
Lehren aus den Minsker Abkommen
- Nr. 317 (12.06.2025)
Widerstand und Besatzung

Russland-Analysen

- Nr. 460 (03.02.2025)
Gender/ Gasversorgung
- Nr. 461 (25.02.2025)
Russlands Krieg gegen die Ukraine: Umfrageergebnisse/Rolle der russischen Exilopposition
- Nr. 462 (27.02.2025)
Verhandlungen unter Trump/Kriegs- und Wirtschaftsentwicklung
- Nr. 463 (06.03.2025)
Wissenschaft
- Nr. 464 (31.03.2025)
Soziale Medien und Internet
- Nr. 465 (12.05.2025)
Russland – Georgien
- Nr. 466 (23.05.2025)
Zivilgesellschaft und unzivile Gesellschaft
- Nr. 467 (16.06.2025)
Hybride Einflussnahme: Desinformation, Transnationale Repression, Sabotage

Zentralasien-Analysen

- Nr. 167 (28.02.2025)
Erinnerung und Gewalt in Turkmenistan
- Nr. 168 (27.05.2025)
Grenzabkommen zwischen Kirgistan und Tadschikistan

Caucasus Analytical Digest

www.css.ethz.ch/publikationen/caucasus-analytical-digest.html



- Nr. 140 (Januar 2025)
Forced Displacement: Refugees and Internally Displaced Persons in the South Caucasus
- Nr. 141 (März 2025)
Georgian Politics after the Parliamentary Elections
- Nr. 142 (Mai 2025)
Abkhazia’s Relations with Russia

Ukrainian Analytical Digest

www.css.ethz.ch/publikationen/uad.html



- Nr. 11 (Feb 2025)
Warfare and International Relations
- Nr. 12 (April 2025)
Education
- Nr. 13 (Juni 2025)
Solidarity and Social Justice

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

am Donnerstag, 13. März 2025 von 14.00 bis 17.30 Uhr
Vertretung des Saarlandes beim Bund, In den Minister-
gärten 4, 10117 Berlin und online (Zoom)

Protokoll: Gabriele Freitag

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 21. März 2024

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die
anwesenden Mitglieder im Saal und an den Bildschir-
men. Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitglieder-
versammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt
wurde. Anwesend waren insgesamt 183 stimmberech-
tigte Mitglieder, davon 100 in Präsenz und 83 online.

Ruprecht Polenz fragte nach Wünschen zur Ände-
rung der Tagesordnung. Dies war nicht der Fall.

Er bat um ein kurzes Gedenken an die Mitglieder, die
seit der letzten Mitgliederversammlung verstorben sind
oder von deren Tod die DGO seitdem erfahren hat.

- **Prof. Dr. Hannelore Horn**,
verstorben am 18. Oktober 2023
- **Prof. Dr. Rolf-Dieter Kluge**,
verstorben am 13. März 2024
- **Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder**,
verstorben am 26. März 2024
- **Prof. Dr. Maria Deppermann**,
verstorben am 8. Juli 2024
- **Dr. Klaus Melsheimer**,
verstorben am 4. November 2024
- **Christian Eichhorn**,
verstorben im Herbst 2024
- **Prof. Dr. Rainer Arnold**,
verstorben am 9. Januar 2025
- **Dr. Dieter Boden**,
verstorben am 2. Februar 2025

Im Anschluss an das Gedenken bat er um Verabschie-
dung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung,
das im Rundbrief 1/2024 der DGO veröffentlicht wurde.
Er teilte mit, dass ein Mitglied der DGO im Vorfeld zur
Mitgliederversammlung um eine Änderung zu TOP
12 des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
gebeten hatte. Dabei geht es um den Verein „Zukunft
Memorial“. Der Satz „Der Verein hat sich in Deutsch-
land als Nachfolgeorganisation der Dachorganisation
Memorial International gegründet, die Anfang 2022 vom
Obersten Gericht der Russischen Föderation aufgelöst
wurde.“ wird folgendermaßen geändert: „Der Verein
hat sich in Deutschland als Partnerorganisation des
Moskauer Memorial-Verbands gegründet.“ Ruprecht
Polenz fragte, ob es Bedenken gegen die vorgeschla-
gene Änderung des Protokolls und ob es weitere
Änderungswünsche seitens der Mitglieder gibt. Dies war
nicht der Fall. Das Protokoll wurde mit der vorgeschla-
genen Änderung ohne Gegenstimmen verabschiedet.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2024

Den Mitgliedern wurden vor der Mitgliederversamm-
lung der Rundbrief 1/2024 und eine Auflistung der
Veranstaltungen und Publikationen der zweiten Jah-
reshälfte sowie der Finanzbericht für das Jahr 2024
per Mail zugesendet. Für die Mitglieder im Saal lagen
die Unterlagen auch in ausgedruckter Fassung vor.

Ruprecht Polenz verwies eingangs darauf, dass die
DGO im vergangenen Jahr vielfältigen Angriffen aus-
gesetzt war. Er erinnerte daran, dass die Listung
der DGO als „unerwünschte Organisation“ seitens
des russischen Justizministeriums unmittelbar vor
der letzten Mitgliederversammlung bekannt wurde.

Seitdem folgten weitere Angriffe auf den Verband
und die Osteuropawissenschaften. Diese Angriffe
würden auch Thema der heutigen Berichte sein.
Die Mitgliederversammlung sollte Raum bieten, um
über die Folgen dieser Angriffe zu diskutieren.

Die Geschäftsführerin der DGO, Gabriele Freitag,
berichtete über die Aktivitäten der Geschäftsstelle und
der Zweigstellen im vergangenen Jahr und erläuterte
die Angriffe auf die Gesellschaft. Dazu zählten die
Listung der DGO als „unerwünschte Organisation“ im
Februar 2024, die Listung der DGO als „extremistische
Organisation“ im Juli 2024 und ein Hackerangriff auf
den Mailserver der DGO, der im Juni 2024 bekannt
wurde. Diese Angriffe hatten unmittelbare Auswir-
kungen auf die Arbeit der DGO. Einige Mitglieder
traten zum persönlichen Schutz aus der DGO aus,
einige Personen sagten ihre Teilnahme an Veran-
staltungen der DGO oder die Veröffentlichung von
Artikeln in den Publikationsorganen der DGO ab.
Universitäten, an denen Zweigstellen der DGO exi-
stieren, befürchten Folgen für ihre Mitarbeiter*innen.
Die DGO unternahm eine Reihe von Maßnahmen zur
Abwehr der Angriffe. Dazu zählten die Abwehr des
Hackerangriffs mit Unterstützung des Bundesamts
für die Sicherheit in der Informationstechnologie und
die Einführung weiterer Sicherheitsmaßnahmen, der
Widerspruch vor russischen Gerichten gegen die
Listungen, Lobbyarbeit gegenüber unterschiedlichen
Ministerien, um den Schutz von Wissenschaftler*innen
zu gewährleisten, die zu Forschungszwecken in die
Region fahren sowie die Einholung von Solidari-
tätsbekundungen von Wissenschaftsorganisationen
im In- und Ausland. Die DGO hat Ende des Jahres
2024 eine Evaluation der Verbandsarbeit in Auftrag
gegeben, die auch eruieren soll, wie die DGO die
eigene Arbeit und die Förderung des wissenschaft-
lichen Austauschs über das östliche Europa unter den
gegebenen Umständen zielführend fortsetzen kann.

Der Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Sebastian Lam-
bertz, berichtete, dass die Geschäftsstelle der DGO die
Kommunikation über den Kanal X wegen zunehmender
Falschmeldungen eingestellt hat und nun vornehmlich
über die Kanäle Mastodon und Bluesky kommuniziert.

Außerdem möchte sich die DGO stärker im Bereich
der Wissenschaftskommunikation engagieren.

Die Sprecher*innen der Jungen DGO, Ariana Kravchuk
und Phillip Schroeder, berichteten über die Aktivitäten
der Jungen DGO. Die Junge DGO verfügt momentan
über vier Regionalgruppen und zwei Arbeitsgruppen für
das Mentoringprogramm und zur Internationalisierung
der eigenen Arbeit. Zwei Arbeitsgruppen für die Orga-
nisation von Veranstaltungen und zur Diversifizierung
der Mitgliedschaft wurden inzwischen eingestellt.

Der Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA,
Manfred Sapper, berichtete über die Arbeit der Redak-
tion. Außerdem erläuterte er die Folgen der Angriffe
gegen die DGO für die Zeitschrift OSTEUROPA.

Vorstandsmitglied und bisheriges Mitglied der Redaktion
OSTEUROPA.RECHT, Caroline von Gall, berichtete
über die Arbeit der Redaktion OSTERUROPA-RECHT.
Sie verwies analog zu Manfred Sapper auf die Schwie-
rigkeiten, die sich aus der Listung der DGO als „un-
erwünscht“ und als „extremistisch“ für die Arbeit der
Zeitschrift ergeben. Erschwerend sei für die Arbeit der
Redaktion auch die schwindende wissenschaftliche
Osteuropaexpertise an deutschen Universitäten.

Die geschäftsführende Vorständin Sabine Fischer
trug den Finanzbericht für das Jahr 2024 vor. Sie
verwies darauf, dass die DGO im Jahr 2024 beim
Auswärtigen Amt zusätzliche Mittel einwerben konn-
te, die vor allem für Sicherheitsmaßnahmen verwen-
det wurden. Einsparungen bei den Personalmitteln
konnten in Teilen für die bereits erwähnte Evaluati-
on umgewidmet werden. Außerdem warb die DGO
im Jahr 2024 mehr Drittmittel als im Vorjahr ein.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2024

Am 27. Februar 2025 führten die Rechnungsprüfer*innen
Dr. Benjamin Conrad und Elisabeth Lüdeking die Prü-
fung in den Räumen der Geschäftsstelle der DGO durch.
Elisabeth Lüdeking trug den Bericht vor. Sie stellte fest,

dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft und eine sachgerechte Verbuchung der Mittel erfolgt seien. Die Einwerbung von knapp 200.000 EUR an Drittmitteln und Spenden hob sie positiv hervor. Die Buchführung wurde als insgesamt transparent und nachvollziehbar bewertet. Als positiv hob sie außerdem hervor, dass die Zahl der Mitglieder trotz der diversen Angriffe auf die DGO im vergangenen Jahr weiter gestiegen sei. Abschließend schlug sie die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf. Kritisch hinterfragte ein Mitglied, ob es sinnvoll gewesen sei, gegen die Listung der DGO als „extremistisch“ zu klagen. Ein Grund für die Listung sei vermutlich auch die starke Unterstützung der DGO für die Ukraine gewesen. Dagegen wies eine andere Person darauf hin, dass das Rechtsmittel des Einspruchs als demonstrativer Akt zu verstehen sei, ohne die konkrete Erwartung, dass diesem Einspruch stattgegeben werde. Der grundsätzlich denkbare Versuch, zum Beispiel mit dem russischen Justizministerium zu einer außergerichtlichen Einigung zu kommen, hätte als unsolidarischer Akt bewertet werden müssen.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüferin bat Ruprecht Polenz um Abstimmung über die Entlastung des Vorstands. Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands und der Geschäftsführerin einstimmig beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2025

Ruprecht Polenz bedankte sich bei Benjamin Conrad und Elisabeth Lüdeking für die Durchführung der internen Rechnungsprüfung und schlug vor, beide auch für die Rechnungsprüfung des Jahres 2025 zu ernennen. Die Mitglieder bestätigten beide einstimmig für das Haushaltsjahr 2025 in ihrem Amt.

7. Wahl des Präsidenten / der Präsidentin und des Vorstands

Ruprecht Polenz teilte mit, dass zwei Vorstandsmitglieder nicht erneut für den Vorstand kandidieren. Er wies darauf hin, dass die Mitglieder im Vorfeld aufgefordert wurden, eigene Kandidaturen zu melden oder andere Personen für die Wahl vorzuschlagen.

Ruprecht Polenz schlug vor, Jörg Stadelbauer zum Wahlleiter zu wählen. Es gab keine weiteren Vorschläge für das Amt der Wahlleitung. Die Mitglieder stimmten der Wahl zu.

Jörg Stadelbauer erklärte das Procedere der Wahl.

Zur Wiederwahl stellte sich als Präsident: Ruprecht Polenz. Es gab keine weiteren Vorschläge.

Für den Vorstand kandidierten: Sabine Fischer, Caroline von Gall, Karoline Gil, Peter Oliver Loew, Joachim von Puttkamer, Michael Rochlitz, Gwendolyn Sasse, Anja Tippner und Susann Worschech.

Die Wahl des Präsidenten und des Vorstands erfolgten in getrennten Wahlgängen und geheim, für die Mitglieder im Saal mit Wahlzetteln, für die digital zugeschalteten Mitglieder über das Online-Portal Polyas.

8. Korrigierende Satzungsänderung gemäß Verfügung des Vereinsregisters

Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass bei der letzten Mitgliederversammlung am 21. März 2024 die Neufassung der Satzung der DGO beschlossen wurde. Im Rahmen der Registrierung der Satzung forderte das Amtsgericht Charlottenburg den Vorstand auf, die Satzung in einigen Punkten zu präzisieren bzw. zu ändern. Die entsprechenden Änderungsvorschläge wurden vorab per E-Mail versendet und lagen als Tischvorlage bzw. als Power Point Präsentation vor.

1. Ausschlussfrist des Rechtsweges gem. § 3 Abs. 6d: Das Vereinsregister schlägt vor, § 3 Abs. 6d, letzter Satz, aus Gründen der Klarstellung zu streichen. Vorschlag: § 3 Abs. 6d, letzter Satz, wird ersatzlos gestrichen.

2. Abgegebene/anwesende Stimmen gem. § 6 Abs. 5: In der Neufassung der Satzung wurden die Begriffe „anwesende“ und „abgegebene“ Stimmen synonym verwendet. Zur Klarstellung werden in § 6 Abs. 5 die anwesenden Stimmen in abgegebene Stimmen geändert. Vorschlag: Der Wortlaut von § 6 Abs. 5 wird von „anwesende Stimmen“ in „abgegebene Stimmen“ geändert.

3. Die Vertretungsbefugnis des Vorstandes gem. § 7 Abs. 3: Das Vereinsregister sieht in der jetzigen Formulierung eine andere Lesart als vom Vorstand im Satzungsentwurf gemeint. Vorschlag: § 7 Abs. 3 letzter Satz wird neu formuliert:

„Der Präsident / die Präsidentin und der Finanzvorstand/die Finanzvorständin bilden den Vorstand gemäß § 26 BGB. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich jeweils allein.“

Ruprecht Polenz bat um Aussprache. Mit Bezug auf §7 Abs. 3 erfolgte seitens der Mitglieder der Hinweis, dass für den Fall konträrer Voten seitens Präsident / Präsidentin und Finanzvorstand / Finanzvorständin eine Hierarchisierung zugunsten des Präsidenten / der Präsidentin festgelegt werden sollte. Diese könnte in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten werden.

Die Mitgliederversammlung stimmte den Satzungsänderungen entsprechend der Zwischenverfügung des Vereinsregisters ohne Gegenstimmen zu.

Es nahmen 122 stimmberechtigte Mitglieder an dem Beschluss teil: 119 Ja-Stimmen, davon 92 in Präsenz, 27 online, drei Enthaltungen, keine Gegenstimmen.

9. Fachgruppen

Gabriele Freitag informierte über die Aktivitäten der Fachgruppen im Jahr 2024 und über den wissenschaftlichen DGO Congress of East European Studies ceecon der im Oktober 2024 zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Die Sprecher*innen der Fachgruppen waren maßgeblich an der Planung und Durchführung des Kongresses beteiligt. Kooperationspartner und Gastge-

ber war die Freie Universität Berlin. Als weiterer Kooperationspartner beteiligte sich auch das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) an dem Kongress. Insgesamt nahmen 350 Personen aus 20 Staaten an dem Kongress teil. ceecon hat sich schon beim zweiten Durchgang als eigenständige Marke etabliert. Das Konzept soll aber weiter ausgearbeitet werden. Der nächste Kongress soll am 8. und 9. Oktober 2026 mit den gleichen Kooperationspartnern stattfinden.

10. Jahrestagung 2026

Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass das Thema der nächsten Jahrestagung noch nicht feststeht. Dieses soll im neuen Vorstand besprochen werden. Er wies darauf hin, dass die Jahrestagung 2026 in Dresden stattfinden soll.

11. Auswirkungen der Listung der DGO als „extremistische Organisation“ auf die Mitglieder und die Wissenschaft

Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass die Angriffe auf die DGO im Kontext der zunehmenden außenpolitischen und vielleicht auch innenpolitischen Spannungen betrachtet werden müssen. Gerade der russische Krieg gegen die Ukraine habe unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der DGO und ihre Mitglieder. Es sei sehr erfreulich, dass die DGO gerade zum augenblicklichen Zeitpunkt die Möglichkeit habe, ihre Arbeit evaluieren zu lassen. Im Kontext der Evaluation fand im Januar 2025 eine Umfrage unter den Mitgliedern der DGO statt, an der sich mehr als 40% der Mitglieder beteiligten.

Die Vorstandsmitglieder Michael Rochlitz und Gwendolyn Sasse, die an der Erstellung der Umfrage maßgeblich beteiligt waren, stellten die vorläufigen Ergebnisse vor. Diese sollen nach Abschluss der Evaluation im Rundbrief 2/2025 veröffentlicht werden.

In der anschließenden Diskussion wurde Enttäuschung darüber geäußert, dass das Auswärtige Amt und die DGO sich nach der Listung der DGO als „extremistische Organisation“ nicht stärker öffentlich zu Wort gemel-

det hätten. Im Auswärtigen Amt gebe es bisher wenig Bewusstsein dafür, dass die Angriffe auf die DGO als Teil der hybriden Kriegsführung Russlands betrachtet werden müssten. Einzelne Mitglieder äußerten den Wunsch nach mehr Informationen über die Risiken, vor allem im Bereich von Forschungsreisen in die Region, die sich aus der Listung als „extremistische Organisation“ für die Mitglieder ergeben. Außerdem sei es wichtig, bei Diskussionen über die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland auf die Angriffe auf die DGO zu verweisen.

Auf Anfrage erläuterten Gabriele Freitag und Manfred Sapper welche Schutzmöglichkeiten es für Mitglieder gibt, die weiterhin an Veranstaltungen teilnehmen oder in den Zeitschriften der DGO publizieren möchten ohne ihre Identität offen zu legen. Sebastian Lambertz erläuterte, welche Schritte die DGO in der Außenkommunikation unternommen hat. Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder auf, auch ihrerseits relevante Informationen zu den Folgen der Angriffe an die Geschäftsstelle weiterzugeben und Resilienz gegenüber den Angriffen als Aufgabe wahrzunehmen. Die Mitglieder sprachen sich dafür aus, dass die DGO gegenüber staatlichen Stellen mehr Informationen über Risiken und Schutzmaßnahmen für Wissenschaftler*innen und wissenschaftliche Institutionen im Bereich der Osteuropaforschung erwirken sollte.

12. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Jörg Stadelbauer gab als Wahlleiter das Ergebnis der Auszählung der Stimmen bekannt:

Es nahmen 155 stimmberechtigte Mitglieder, davon 99 in Präsenz, 56 online, an der Wahl des Präsidenten teil. Die Mitglieder stimmten der Wahl des Präsidenten Ruprecht Polenz zu:

143 Ja-Stimmen, davon 89 in Präsenz, 54 online, 6 Nein-Stimmen, davon 6 in Präsenz, 0 online, 5 Enthaltungen, davon 3 in Präsenz, 2 online. Ein Stimmzettel war ungültig.

Ruprecht Polenz nahm die Wahl an und bedankte sich für das ihm gegenüber ausgesprochene Vertrauen.

Es nahmen 156 stimmberechtigte Mitglieder, davon 100 in Präsenz, 56 online, an der Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder teil. In den neuen Vorstand wurden weiterhin gewählt:

- **Dr. Sabine Fischer:**
146 Ja-Stimmen, davon 94 in Präsenz, 52 online
- **Prof. Dr. Caroline von Gall:**
135 Ja-Stimmen, davon 89 in Präsenz, 46 online
- **Karoline Gil:**
125 Ja-Stimmen, davon 79 in Präsenz, 46 online
- **Prof. Dr. Peter Oliver Loew:**
137 Ja-Stimmen, davon 88 in Präsenz, 49 online
- **Prof. Dr. Joachim von Puttkamer:**
132 Ja-Stimmen, davon 85 in Präsenz, 47 online
- **Prof. Dr. Michael Rochlitz:**
135 Ja-Stimmen, davon 89 in Präsenz, 46 online
- **Prof. Dr. Gwendolyn Sasse:**
140 Ja-Stimmen, davon 90 in Präsenz, 50 online
- **Prof. Dr. Anja Tippner:**
129 Ja-Stimmen, davon 82 in Präsenz, 47 online
- **Dr. Susann Worschech:**
126 Ja-Stimmen, davon 79 in Präsenz, 47 online

Es gab keine Enthaltungen oder ungültige Stimmzettel. Alle gewählten Personen nahmen die Wahl an. Der Wahlleiter beglückwünschte den Präsidenten und die gewählten Vorstandsmitglieder.

13. Verschiedenes

Es wurden keine weiteren Punkte behandelt.

Der Präsident Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 17:30 Uhr und lud alle Mitglieder zur Eröffnung der Jahrestagung zum Thema „Laboratorium Osteuropa. Medien und Öffentlichkeit in Zeiten von Diktatur und Krieg“ ein.

Neuer DGO-Vorstand gewählt

Am 13. März wurde auf der Mitgliederversammlung der DGO ein neuer Vorstand gewählt. Am 28. April fand die konstituierende Sitzung statt.

Bärbel Schmidt-Šakić (Mainz) und Michael Thumann (Die ZEIT) haben sich nicht noch einmal zur Wahl gestellt. Wir bedanken uns bei ihnen für ihr großes Engagement für die DGO.

Der neue Vorstand besteht aus den folgenden Personen:

- **Ruprecht Polenz**, Präsident
- **Caroline von Gall** (LMU München), Vizepräsidentin
- **Sabine Fischer** (SWP), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
- **Karoline Gil** (ifa – Institut für Auslandsbeziehungen)
- **Peter Oliver Loew** (Deutsches Polen-Institut/ TU Darmstadt)
- **Joachim von Puttkamer** (Universität Jena/ Imre Kertész Kolleg)
- **Michael Rochlitz** (University of Oxford)
- **Gwendolyn Sasse** (ZOiS, HU Berlin)
- **Anja Tippner** (Universität Hamburg)
- **Susann Worschech** (Viadrina)

Neu in den Vorstand gewählt wurden **Karoline Gil** und **Peter Oliver Loew**. Wir gratulieren beiden herzlich zu ihrer Wahl.



Karoline Gil (stellvertretende Leiterin der Abteilung Dialoge und Leiterin des Bereichs Integration und Medien am Institut für Auslandsbeziehungen, Ehrenamtlich Co-Vorsitzende des Regionalforums Baden-Württemberg der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik)

„In die Vorstandsarbeit der DGO möchte ich gerne meine Erfahrungen aus der Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (hier insbesondere Mittelakquise und Öffentlichkeitsarbeit) sowie die Netzwerke im östlichen Europa und Zentralasien insbesondere aus Wissenschaft, Kultur und Außenpolitik einbringen.“



Peter Oliver Loew (Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Honorarprofessor an der TU Darmstadt)

„Mein berufliches Leben habe ich der Erforschung der Geschichte Polens gewidmet – und der Mehrung des Wissens über Polen und

das östliche Europa in Deutschland. Als Historiker, Kultur- und Wissenschaftsmanager, Übersetzer und Autor bin ich stets bestrebt, Wissensdefizite abzubauen und Projekte umzusetzen. Als Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt freue ich mich, mein Engagement auch in die DGO tragen zu können.“

Klaus-Mehnert-Preis

Ernst Troeltsch and Eastern Europe: Interwar Interpretations and Applications of a German Philosopher of History

Von Johannes Bent

Die Zäsur des Ersten Weltkriegs führte überall in Europa, besonders aber im östlichen Europa zu einer umfassenden Neuordnung des historischen Wissens: Überall ist man auf der Suche nach historischer Orientierung, überall fragt man sich, wie Geschichte zur Orientierung der eigenen Gegenwart und zur Zukunftsgestaltung umgeschrieben werden muss. So auch der Geschichtsphilosoph Ernst Troeltsch (1865–1923), der in seinem Monumentalwerk „Der Historismus und seine Probleme“ von 1922 versuchte, Europa über eine „praktische Geschichtsphilosophie“ neu zu begründen.

Bents Dissertation hat Troeltsch als einen Akteur der Neuordnung nach 1918 ins Zentrum gerückt, um den innereuropäischen Ideentransfer in der Zwischenkriegszeit, genauer die intellektuellen Austauschbeziehungen zwischen der deutschen und den ost- und ostmitteleuropäischen Geschichtskulturen nach dem Ersten Weltkrieg zu untersuchen. Aus Perspektive der Transferforschung hat die Dissertation verfolgt, wie Troeltschs Werk in die Geschichtskulturen des östlichen Europas, die nach dem Ersten Weltkrieg alle mit der Neuordnung historischen Wissens beschäftigt waren, eingespeist worden ist: Wie und mit welchem Ergebnis wurde Troeltsch als sichtbarster deutscher Geschichtsphilosoph der Zeit in den Neuordnungsdebatten in der frühen Sowjetunion, in der Tschechoslowakei, in Ungarn sowie Rumänien verhandelt und spezifisch angeeignet?

Für die internationale Troeltsch-Forschung ist die Heterogenität und Pluralität der osteuropäischen Aneignungen Troeltschs das wichtigste Ergebnis: Die Skala reicht von Troeltsch als Verkörperung des Irrwegs des „bürgerlich-westlichen Geschichtsdenkens“ im „Kampf an der historischen Front“ in der frühen Sowjetunion bis zum Stichwortgeber einer neuen idealistischen



Johannes Bent

Geschichtsauffassung, der sog. „Geistesgeschichte“, in Ungarn. Für die Forschung zum innereuropäischen Kulturtransfer zeigt die Arbeit exemplarisch, wie selektiv, heterogen und ergebnisoffen Transfervorgänge in der charakteristischen Mischung aus Aneignung und Abwehr sind. Für die europäische *intellectual history* lässt sich am Beispiel der Troeltsch-Aneignung zeigen, zu welchem hohem Grad auch scheinbar selbstzentrierte Debatten der Epoche wie etwa der „Streit um den Sinn der tschechischen Geschichte“ in der Tschechoslowakei auch mit intellektuellem Transfer funktionieren. Nicht zuletzt trägt die Arbeit zu einer Dezentrierung und Europäisierung der „deutschen“ Historismus-Debatte um 1900 bei, für die Troeltsch nach wie vor der zentrale Gewährsmann ist.

Die Arbeit ist im Cotutelle-Verfahren an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und der Universität Tallinn (Estland) im Rahmen eines ERC-Projekts zur Ideengeschichte der Zwischenkriegszeit (s. betweentheimes.tlu.ee/home/) entstanden. Betreuer:innen der Arbeit waren Prof. Liisi Keedus (Universität Tallinn) und Prof. Gangolf Hübinger (Europa-Universität Viadrina).



Auszug aus der Laudatio

Ernst Troeltschs Schriften zum Historismus stießen im östlichen Europa der frühen 1920er Jahre auf durchweg große, vielfältige Resonanz, bot dieser mit seiner Theorie historisch gewachsener Kulturformationen doch festen Grund in einer sich rapide wandelnden Welt. Unter dem Titel „Ernst Troeltsch and Eastern Europe. Interwar Interpretations and Applications of a German Philosopher of History“ nimmt Johannes Bent diese Aneignungen und Anwendungen in seiner Dissertation erstmals systematisch in den Blick. Die DGO zeichnet ihn für diese Arbeit mit dem Klaus-Mehnert-Preis 2024 aus.

Bent untersucht die vielfältige Rezeption von Troeltschs Schriften zum Historismus im östlichen Europa. Im Mittelpunkt stehen dabei die intellektuellen Austauschbeziehungen zwischen der deutschen und den ost- und ostmitteleuropäischen Geschichtskulturen nach dem Ersten Weltkrieg. Der Autor zeigt, wie ein solcher Kulturtransfer dazu beitrug, diskursive Standards historischer Interpretation in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Rumänien, Ungarn und Polen zu etablieren. Die Troeltsch-Rezeption war dabei oftmals selektiv, unterstützte die jeweils eigenen Wertvorstellungen auf unterschiedliche Weise und bot eine Grundlage dafür, aus der historischen Standortbestimmung in akuten Krisenzeiten neue nationale Orientierung zu gewinnen. Diese oft transformative Aneignung von Troeltschs Thesen und Begriffen von Historismus und Kulturformation zeigt der Autor klar auf.

In Anlehnung an Osterhammel und Hübinger entwickelt Bent den Ansatz des Kulturtransfers schlüssig und überzeugend. Die Rezeption von Troeltsch erschließt er nicht um ihrer selbst willen, sondern untersucht sie vor allem auf ihre jeweiligen Aneignungen und Anwendungen hin. Auch den kontrastiv vergleichenden Ansatz der Arbeit entwickelt er überzeugend.

Die Grundlage der Arbeit bilden eine Fülle teils bekannter, teils weniger bekannter zeitgenössischer Schriften in russischer, tschechischer, ungarischer, rumänischer, polnischer und deutscher Sprache, die gleichermaßen souverän und mit hoher Sprachkompetenz ausgewertet werden. Somit geht die Arbeit weit über den aktuellen Forschungsstand hinaus und kann mit Blick auf Fragen des ideengeschichtlichen Transfers als Musterbeispiel einer Geschichte diskursiver Verflechtungen gelten. Bents Ansatz ist dabei nicht nur innovativ, sondern auf unaufdringliche Weise auch von hoher Gegenwartsrelevanz.

Das bearbeitete Thema ist methodisch hoch anspruchsvoll und voraussetzungsreich. Johannes Bent gelingt es, seine Befunde auf hohem Niveau elegant und transparent darzustellen. Gemeinsam mit ihrer klaren, überzeugenden Argumentation und der innovativen Herangehensweise ist die Arbeit daher in höchstem Maße auszeichnungswürdig. Wir gratulieren Johannes Bent zu dieser außergewöhnlichen Arbeit und verleihen ihm den Klaus-Mehnert-Preis.

Joachim von Puttkamer

Karin-Wolff-Preis

Der Karin-Wolff-Essaypreis der DGO richtet sich an Bachelor- und Masterstudierende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Mit dem Preis sollen junge Menschen ermuntert werden, sich am Dialog über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ostmittel- und Osteuropa zu beteiligen.

2025 lautete das Thema: „Scrollst Du schon oder blätterst Du noch – (wie) verändern soziale Medien unseren Blick auf das östliche Europa?“

Wir gratulieren der diesjährigen Preisträgerin **Inna Frieser**! Ihr Beitrag „Wir sehen nur das, was wir ertragen können“ konnte die Jury überzeugen.

Den Gewinnertext können Sie auf unserer Website nachlesen:

tinyurl.com/karin-wolff-preis-2025



Inna Frieser

Auszug aus der Laudatio

„Scrollst Du schon oder blätterst Du noch – (wie) verändern soziale Medien unseren Blick auf das östliche Europa?“ So hieß das Thema des Wettbewerbs um den Karin-Wolff-Preis 2025. Wenn wir heute aus der Distanz auf das östliche Europa blicken, sehen wir, wie diese Region vom Krieg gegen die Ukraine überschattet ist. Die Bezeichnung „östliches Europa“ scheint eine Art sichere Grenze zu sein oder suggeriert zumindest die Sicherheit davor, dass der Krieg nicht zu uns kommt. Während einige (östliche!) Nachbarn der Ukraine bereits mit der Angst vor einer Ausweitung des Kriegs leben müssen, haben andere europäische Länder noch die Möglichkeit der Abstraktion. Zu abstrahieren fällt allerdings zunehmend schwer, wenn der Zerfall der europäischen Sicherheit schon in vollem Gange ist.

In ihrem Text führt uns die Preisträgerin Inna Frieser unsere fragmentierte Wahrnehmung des Krieges am Beispiel der sozialen Medien vor Augen. Es herrscht Krieg in der Ukraine, aber es ist der Krieg der anderen. Doch diese „anderen“ sind gleichzeitig ganz nah, sie leben nun auch in Deutschland und kommen von der Schaukel „Krieg versus Sicherheit“ nicht mehr herunter. Für sie sind die Geschehnisse in ihrem Land nicht abstrakt, sie tragen sie tagtäglich mit sich und sind gleichzeitig mit einer Distanz konfrontiert, die ihnen von ihrer Außenwelt in Deutschland vermittelt wird.

Ukrainer und Ukrainerinnen, die sich nun in Deutschland aufhalten, werden oft als Botschafter ihres Landes, Stimmen oder Live-Berichterstatter angesehen. Aber was sehen sie eigentlich? Wie sie die gleichzeitige Nähe und Ferne des Krieges für sich zusammenbringen, zeigt Inna Friesers Text.

Aus Fragmenten von Gesprächen, Nachrichten, Aussagen aus dem realen und virtuellen Austausch erstellt die Autorin ein Realitätsbild mit all seinen Kontroversen. Die Frage der Aufmerksamkeitsökonomie und der sog. Kriegsmüdigkeit überlappt sich dabei mit dem eigentlichen Konzept der sozialen Medien – einem Raum, in dem der Mensch und seine Realität selbst Marketingobjekte sind, also konsumiert werden können. Die Erfahrungen des Krieges und die menschlichen Schicksale werden auf Konsumprodukte reduziert. Die damit verbundene Entfremdung – ein wichtiger Begriff der Kapitalismuskritik – ist fatal für die Zukunft. Denn es geht um unsere gemeinsame Welt.

Die fragmentierte Wahrnehmung dieser Welt sorgt für fragmentierte Solidarität. Social Media sind ihr Spiegel und wahrscheinlich auch einer ihrer Stifter. Inna Frieser schreibt „Wir sehen das, was wir sehen wollen. Und der Algorithmus hilft uns dabei.“ Ich würde sagen, der Algorithmus sagt uns oft, was wir sehen wollen, er steuert unsere Wünsche und richtet sie am Ende gegen uns selbst. Unsere Empathie, Interessen und Politisierung sind in den Social Media steuerbar, ausschaltbar, in der Realität ist das aber nicht der Fall. Die bedrückende Fragmentierung, die in diesem Essay so gut dargestellt wird, ist in Zeiten des Krieges lebensgefährlich. Und wir – die Jurymitglieder Tamina Kutscher, Ulrich Schmid und ich – danken der Autorin für ihre Warnung.

Inna Frieser schließt ihr Essay mit dem Bild einer gekauften Uhr, für die es einen guten Rabatt gibt. Ist es nicht dies, was der Großteil Europas noch genießen kann – die gekaufte Zeit und ihren nicht immer ethisch fassbaren Konsum? Der Preis für diese Zeit ist uns allen bekannt.

Kateryna Mishchenko

Veröffentlichungen

Artwinska, Anna: [Polnische Literatur im langen 19. Jahrhundert. Grundbegriffe – Autor:innen – Textinterpretationen](#). Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag, 2025.

Binder, Eva / **Kaltseis**, Magdalena: [Audiovisuelle Medien im Russischunterricht](#). Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag, 2025.

Hein-Kircher, Heidi / **Hiemer**, Elisa-Maria / **Nešt’áková**, Denisa (Hrsg.): [Challenging Norms. Family Planning as a Reflection of Social Change in Twentieth-Century Eastern Europe](#). New York / Oxford: Berghahn Books, 2025.

Hein-Kircher, Heidi / **Sterkenbergh**, Frank: [Modernizing Europe’s Imperial Monarchies. Germany, Austria-Hungary, and Russia in the Nineteenth Century](#). Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, 2025.

Herasimovich, Iryna / **Menzel**, Nadine / **Weller**, Nina (Hrsg.): [Befragungen am Nullpunkt. Unabhängige Kultur in Belarus zwischen Aufbruch und Repression. Распытванне на нулявым пункце. Незалежная культура Беларусі паміж уздымам і рэпрэсіямі](#). Zürich: Edition Schublade, 2025.

Huhn, Ulrike: [Zwischen Ausreisebewegung und Akademie. Judaistik in der späten Sowjetunion](#). Göttingen: Wallstein Verlag, 2025.

Jahn, Egbert: [Politische Streitfragen. Bd. 6. Die Zuspitzung internationaler und gesellschaftspolitischer Konflikte](#). Wiesbaden: Springer VS, 2025.

Krawatzek, Felix / **Pestel**, Friedemann / **Trimcev**, Rieke / **Feindt**, Gregor: [Shades of Blue. Claiming Europe in the Age of Disintegration](#). Cornell: Cornell University Press, 2025.

Martyniuk, Olha: [Helden eines Landes, das es nicht mehr gibt. Die Transformationen des Gedenkens an gefallene sowjetische Soldaten und Veteranen des Zweiten](#)

[Weltkriegs in der Ukraine](#). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2025.

Münchner Stadtmuseum (Hrsg.): [München Displaced. Heimatlos nach 1945](#). Eine Dokumentation der Ausstellung des Münchner Stadtmuseums, bearbeitet von Hannah Maischein, Karolina Novinšćak Kölker und Anke Stephan. Münchner Beiträge zur Migrationsgeschichte, Bd. 7. München: Allitera, 2025.

Nicolosi, Riccardo: [Putins Kriegsrhetorik](#). Göttingen: Konstanz University Press, 2025.

Plath, Tilman: [Peters »unsichtbare Hand«?. Außenhandelspolitik und ökonomisches Denken im Russland des 18. Jahrhunderts](#). Köln: Böhlau Verlag, 2025.

Plotnikov, Nikolaj (Hrsg.): [Facing the catastrophe. Voices of Russian intellectuals. Philosophie: Forschung und Wissenschaft](#). Berlin, Münster (Westf.): LIT Verlag, 2025.

Portnov, Andrii: [Ukraine-Studien. Einführung](#). Baden-Baden: Nomos, 2025.

Scherrer, Jutta: [Baustelle Mensch. Politischer Humanismus in der Sowjetunion und danach. Ein wortgeschichtlicher Essay](#). Wiesbaden: Springer Verlag, 2025.

Schmid, Ulrich (Hrsg.): [Ukrainische Literaturgeschichte](#). Berlin, Heidelberg: Springer, 2025.

Schneider, Eberhard: [Drei Jahre Ukraine-Krieg. Machtpolitische Spiegelungen](#). Hamburg, 2025.

Stephan, Anke / **Jeschke**, Felix / **Maischein**, Hannah (Hrsg.): [Osteuropäisches München. Displaced Persons und Geflüchtete in der Nachkriegszeit. Münchner Beiträge zur Migrationsgeschichte](#). Bd. 5, München: Allitera, 2025.

Personalien

Abschiede

Dieter Boden, Potsdam
Verstorben am 2. Februar 2025

Rainer Arnold, Regensburg
Verstorben am 9. Januar 2025

Gerda Steiniger, Aachen
Verstorben am 22. Januar 2025

Urbansky, Sören / **Wagner**, Martin: [China und Russland. Kurze Geschichte einer langen Beziehung](#). Berlin: Suhrkamp, 2025.

Vagramenko, Tatiana / **Beliakova**, Nadezhda / **Bekkin**, Renat: [The Lives of Soviet Secret Agents. Religion and Police Surveillance in the USSR](#). Lanham, Maryland: Lexington Book, 2024.

Worschech, Susann (Hrsg.): [Freiheitsschauplatz. Ein Gesellschaftsportrait der Ukraine](#). Interdisziplinäre Ukraine-Studien | Interdisciplinary Ukrainian Studies. Baden-Baden: Nomos, 2025.

Junge DGO im 1. Halbjahr 2025

In den vergangenen Monaten hat sich die Junge DGO intensiv mit der Weiterentwicklung und Evaluation ihrer eigenen Aktivitäten beschäftigt. Im Rahmen der vom nexus Institut durchgeführten Evaluation der Verbandsarbeit der DGO wurden auch die Erfahrungen und Perspektiven der Mitglieder der Jungen DGO systematisch erfasst. Im Rahmen strukturierter Interviews konnten diese ihre individuellen Einschätzungen, Anregungen und Verbesserungsvorschläge einbringen – sowohl zu inhaltlichen Schwerpunkten als auch zur generellen Ausrichtung und Wirkung der Formate. Ziel war es, herauszufinden, wie die Angebote der Jungen DGO künftig noch gezielter an den Bedürfnissen der osteuropainteressierten Nachwuchswissenschaftler*innen ausgerichtet werden können. Die Ergebnisse der Umfrage werden direkt in die Weiterentwicklung der Aktivitäten einfließen und eine wichtige Grundlage für die strategische Ausrichtung in den kommenden Jahren bilden.

Ein besonderes Highlight in der ersten Hälfte des Veranstaltungsjahres war der von der Regionalgruppe Gießen organisierte Workshop mit dem Titel „Schreiben über Osteuropa“. Dieses innovative Format richtete sich an junge Wissenschaftler*innen, Studierende und Journalist*innen, die sich mit osteuropabezogenen Themen auseinandersetzen und ihre Schreibkompetenzen weiterentwickeln wollten. In insgesamt vier thematisch aufeinander abgestimmten Veranstaltungen konnten die Teilnehmenden sowohl ihre akademischen als auch journalistischen Schreibfähigkeiten gezielt schulen. Der Workshop kombinierte praxisorientierte Übungen mit fundiertem theoretischem Input – etwa zur Strukturierung wissenschaftlicher Texte, zur zielgruppengerechten Ansprache in journalistischen Formaten oder zur kritischen Reflexion über Sprache und Macht im Kontext osteuro-

päischer Berichterstattung. Neben der inhaltlichen Weiterbildung bot der Workshop auch eine Plattform für Vernetzung und Austausch: Die Teilnehmenden hatten die Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen, Kooperationsideen zu entwickeln und sich gegenseitig konstruktives Feedback zu ihren Texten zu geben. Diese Mischung aus Qualifizierung und Community-Building wurde von allen Beteiligten als besonders bereichernd empfunden.

Die Stammtische der Jungen DGO finden weiterhin erfolgreich statt und haben sich als fester Bestandteil der Vernetzungsaktivitäten etabliert. Sie bieten insbesondere neuen Mitgliedern einen unkomplizierten Einstieg in die Arbeit der Jungen DGO und schaffen Raum für den informellen Austausch mit anderen osteuropainteressierten Nachwuchswissenschaftler*innen. Zugleich tragen sie zur Stärkung regionaler Netzwerke bei und fördern die Entstehung langfristiger Kooperationen.

Ein weiterer wichtiger Baustein im Angebot der Jungen DGO ist das Mentoringprogramm. Der aktuelle Jahrgang befindet sich momentan in der Abschlussphase. Die bisherigen Rückmeldungen von Mentees und Mentor*innen sind durchweg positiv: Viele berichten von wertvollen Impulsen, neuen Perspektiven auf ihre berufliche Entwicklung und von einer gestärkten fachlichen Orientierung. Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Abschluss, der auch Raum für eine kritische Reflexion und die Weiterentwicklung des Formats bieten soll.

Ein weiterer Höhepunkt in der ersten Hälfte 2025 war die JOE-Tagung (Junge Osteuropa-Expert*innen), die Anfang Juli in Dresden stattfand. Die Tagung hat sich als transdisziplinäres Format etabliert, das junge Expert*innen aus unterschiedlichen Fachrichtungen und

Praxisfeldern zusammenführt, um ihre Forschung zu Ostmittel-, Südost- und Osteuropa gemeinsam zu reflektieren und zu diskutieren. Der offene, wertschätzende Austausch stand im Zentrum der Veranstaltung. In Panels wurde nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Raum für persönliche Reflexionen und kritische Debatten geschaffen. Die Atmosphäre war von gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Interesse an einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem östlichen Europa geprägt. Viele Teilnehmende empfanden die Tagung als inspirierend und motivierend – nicht zuletzt, weil sie neue Denkansätze bot und vielfältige Perspektiven sichtbar machte, die in klassischen akademischen Kontexten oft zu kurz kommen.

Insgesamt zeigt sich: Die Junge DGO ist nicht nur eine Plattform für Austausch, sondern auch ein lebendiger Ort des Lernens, des Mitgestaltens und der kritischen Auseinandersetzung mit dem osteuropäischen Raum. Die zahlreichen Aktivitäten, Formate und Veranstaltungen im vergangenen Jahr belegen das große Engagement der Mitglieder und das kontinuierliche Bestreben, die Junge DGO als dynamisches Netzwerk weiterzuentwickeln.



v.l.n.r.: Susanna Zdrzalek, Reinhard Vesper, Laura Loew

#nachgehakt: Präsidentschaftswahlen in Polen

Bericht: Annemarie Polheim, Christian Nerzejewski

Vor dem Hintergrund der Wiederwahl Donald Trumps und der Umbrüche in den transatlantischen Beziehungen, der dadurch dringender werdenden Frage nach einem europäischen Zusammenhalt, und der zentralen und wichtigen Lage Polens in der Mitte Europas waren die Präsidentschaftswahlen in Polen in diesem Jahr besonders relevant. Wie drückt sich durch die Wahlen die Meinung der Pol*innen zu den Nachbarstaaten Polens aus? Welche Richtung in Bezug auf Verteidigungsfragen würden die Wähler*innen unterstützen? Mit welchen Themen gestalteten die Präsidentschaftskandidat*innen den Wahlkampf? Diese und weitere Fragen standen im Fokus einer Podiumsdiskussion der Regionalgruppe Hamburg/Lüneburg der Jungen DGO.

Bastian SENDHARDT
(Deutsches Polen-Institut),
Agnieszka PUFELSKA
(Nordost-Institut) und
Christian NERZEJEWSKI
(Junge DGO) fokussierten

sich zunächst auf drei thematische Schwerpunkte: Die Kontextualisierung der Wahlen, ein Rückblick auf den Wahlkampf und seine Themen sowie ein Ausblick auf die Kandidat*innen und ihre Programme. Dabei ging es auch um einen Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen in Deutschland und die Frage, welche Stellung der Präsident im politischen System Polens einnimmt. Ebenso im Fokus standen relevante Themen in der

polnischen Politik, Charakteristika der Amtszeit des amtierenden Präsidenten Andrzej Duda sowie mögliche Konsequenzen des Wahlausgangs für die polnische Politik und Gesellschaft. Als aussichtsreichste Kandidaten wurden der für die liberale Tusk-Regierung antretende Rafał Trzaskowski und der durch die nationalkonservative PiS-Partei (Prawo i Sprawiedliwość / Recht und Gerechtigkeit) unterstützte Karol Nawrocki ausgemacht.

Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass diese Themenbereiche nicht trennscharf voneinander zu unterscheiden sind, wodurch eine umfassende Diskussion über die polnische Politik und Gesellschaft entstand. Besonders intensiv wurde auch der Aufstieg des rechtsradikalen Präsidentschaftskandidaten Sławomir Mentzen diskutiert, der Wähler*innen rechts der ehemaligen Regierungspartei PiS ansprach. Diskutiert wurden auch die polnisch-deutschen sowie die polnisch-russischen und polnisch-amerikanischen Beziehungen.

Einig waren sich die Expert*innen dahingehend, dass das Land gespalten sei. Sie erläuterten, wie sehr sich Stadt- und Landbevölkerung in zwei unterschiedliche politische Lager aufgespalten hätten. Intensiv diskutiert wurde auch die Frage, welche politischen Angebote die aussichtsreichsten Kandidaten Trzaskowski und Nawrocki machen müssen, um bestimmte Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Wie kann

Veranstaltung der Regionalgruppe Hamburg/Lüneburg der Jungen DGO
8. April 2025, 19:30 Uhr
Universität Hamburg



v.l.n.r.: Annemarie Polheim, Christian Nerzejewski, Bastian Sendhardt, Agnieszka Pufelska

es Nawrocki gelingen, die politische Rechte hinter sich zu vereinen? Schafft es Trzaskowski, seinem gefährlichsten Gegner Stimmen abzunehmen?

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass bei der Präsidentschaftswahl viel auf dem Spiel stand, vor allem aus europäischer und demokratischer Perspektive. Die nächsten Jahre werden zeigen, wie begründet entsprechende Sorgen und Ängste waren. Denn inzwischen ist klar, dass Karol Nawrocki, Kandidat der PiS-Regierung, mit weniger als einem Prozent Vorsprung ins Amt des polnischen Präsidenten gewählt wurde.

Die Veranstaltung hat aber auch gezeigt, dass es der Jungen DGO einmal mehr gelungen ist, junge Menschen für Osteuropa-Thema zu interessieren. Zudem hat die Diskussion dazu beigetragen, junge Forschende und Mittel-Osteuropa Interessierte sichtbarer zu machen, indem sie mit Nerzejewski einen Masterstudierenden auf das Podium setzte. Die Moderation übernahm Annemarie POLHEIM, Sprecherin der Regionalgruppe und Doktorandin an der Universität Gießen.

Wer unter 35 ist, in Hamburg, Lüneburg und Umgebung wohnt und Lust hat, zukünftig an den Aktivitäten der Regionalgruppe mitzuwirken, ist herzlich zu den monatlich stattfindenden Stammtischen eingeladen. Kontakt: jungedgo-hamburg-lueneburg@dgo-online.org



Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Julia Langbein ist neben Michael Rochlitz die neue Sprecherin der DGO-Fachgruppe Wirtschaft. Sie studierte Politikwissenschaft und Russian Studies in Berlin und St. Petersburg und promovierte anschließend am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Von 2010 bis 2019 war sie in verschiedenen Funktionen an der Freien Universität in Berlin tätig. Sie war Postdoktorandin in der Kolleg-Forschungsgruppe „The Transformative Power of Europe“, vertrat u.a. die Professur für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration und koordinierte zwei EU-Verbundprojekte. Seit 2020 ist Julia Langbein Leiterin des Forschungsschwerpunktes „Politische Ökonomie und Integration“ am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und seit 2024 Principal Investigator im Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS). In ihrer Forschung beschäftigt sich Julia Langbein mit der Integration (semi-)peripherer Ökonomien in transnationale Märkte und Wertschöpfungsketten und den Folgen für deren wirtschaftliche und politische Entwicklung. Dabei liegt ihr Fokus auf Osteuropa und der europäischen Wirtschaftsintegration sowie der Rolle Chinas.

Listung ASEES

Forschungsverband ASEES in Russland als „unerwünschte Organisation“ gelistet.

[Gemeinsame Stellungnahme von DGO, VOH und Verband der deutschen Slavistik zur Einstufung von ASEES als „unerwünschte Organisation“ in Russland](#)

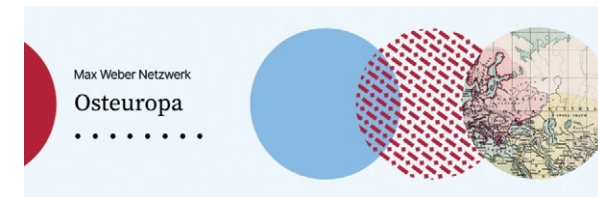
Am Montag, den 9. Juni 2025 wurde die Association for Slavic, East European and Eurasian Studies (ASEES), der größte Verband Osteuropaforschender weltweit, von der Regierung der Russischen Föderation „als unerwünschte Organisation“ gelistet. Forschende, die sich mit Russland, aber auch mit benachbarten Staa-

2025 hat **Félix Krawatzek** neben Fabian Burkhardt die Leitung der DGO-Fachgruppe Politik- und Sozialwissenschaften übernommen. Er promovierte am Department of Politics and International Relations der University of Oxford, wo er nach seiner Promotion als British Academy Postdoktorand arbeitete und forschte. Später war er als Gastwissenschaftler an der Science Po Universität in Paris sowie am Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University tätig. Seit September 2018 leitet Félix Krawatzek den Forschungsschwerpunkt „Jugend und generationeller Wandel“ am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien sowie seit 2022 das durch den ERC geförderte Projekt „Moving Russia(ns): Intergenerational Transmission of Memories Abroad and at Home (MoveMeRU)“. Seine Forschungsschwerpunkte sind die vergleichende Analyse der Politik in Ost- und Westeuropa, insbesondere die Rolle der Jugend, die Bedeutung historischer Repräsentation in politischen Prozessen sowie Fragen von Migration und Transnationalismus.

ten befassen, werden so eingeschüchtert und sind von Strafen bedroht. Damit hat die Listung unmittelbare Auswirkungen auf Forschung, Lehre und Wissenschaftskooperationen über und mit dem östlichen Europa.

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, der Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker und der Verband der deutschen Slavistik sind sehr besorgt über diesen erneuten russischen Angriff auf die internationale Wissenschaftsfreiheit. Die Unterzeichner verurteilen das aggressive russische Vorgehen gegenüber der Osteuropafor-

Keine Randgeschichte(n) – Dezentriert forschen an den interimperialen Kontaktzonen Osteuropas – das Max Weber Netzwerk Osteuropa (MWNO)



Text: [Maike Lehmann](#)

[Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch Folgen für die historische Osteuropaforschung. Dies zeigt sich nicht allein an der Diskussion um eine Dekolonisierung der Osteuropawissenschaften, sondern schlägt sich auch in der Auflösung ihrer etablierten Forschungsinfrastrukturen und traditioneller Archivlogiken nieder. Das dezentrale Max Weber Netzwerk Osteuropa \(MWNO\) will mit seinen Standorten entlang der interimperialen Kontaktzonen Osteuropas neue Zugänge zur Geschichte der Region ermöglichen. Es kooperiert dafür eng mit dem Deutschen Historischen Institut Warschau \(DHIW\), der neu gegründeten Forschungsstelle Ukraine und dem Orient-Institut in Istanbul.](#)

Erstmal nach Moskau in die Archive fahren; in St. Petersburg in der Nationalbibliothek starten – mit Recherchen in (post)imperialen Metropolen zu beginnen, stellt für viele Weltregionen bis heute die etablierte Forschungsstrategie dar. Sie prägt auch Forschungsinfrastrukturen, die u.a. die von der Max Weber Stiftung (MWS) getragenen deutschen geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute im Ausland über Jahrzehnte weltweit aufgebaut haben. In Machtzentren mit Recherchen zu beginnen, folgt vielfältigen Logiken und hat durchaus gute Gründe. Diese griffen auch für die Forschung zum Zarenreich und der Sowjetunion, ob sie nun imperiale und multiethnische Konstellationen in den Blick nahm, oder nicht.

Dann kam der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die politischen Repressionen sowie die massive Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit in Russland und Belarus. Den Herausforderungen, die sie an die Osteuropawissenschaften stellen, begegnet die MWS mit dem Aufbau des Max Weber Netzwerkes Osteuropa. Mit bislang drei Standorten in Helsinki, Vilnius und Tbilissi unterstützt das MWNO Forschende, die sich mit den (post)imperialen, (trans)nationalen und lokalen Dimensionen osteuropäischer und deutscher Geschichte befassen sowie trans- und interimperiale Verflechtungs- und Entflechtungsprozesse im multiethnischen Eurasien ausloten. Zugleich ist das MWNO in sich dezentral: so sitzt die Direktorin Sandra Dahlke in Helsinki, ihr Stellvertreter Moritz Florin ist Büroleiter in Tbilissi. Das Büro in Vilnius wird vom MWNO gemeinsam mit dem DHIW entwickelt. Darüber hinaus baut die MWS mit der neuberufenen Leiterin Iryna Klymenko die unabhängige Forschungsstelle Ukraine auf.

DEZENTRAL FORSCHEN

Diese Struktur soll eine breite, dezentrierte Archivforschung unterstützen, die die Perspektiven auf die Großregion nachhaltig erweitert, geschichtswissenschaftliche Praxis transnational reflektiert und Forschende aus Deutschland mit Wissenschaftler*innen vor Ort vernetzt. Entsprechend erforscht und fördert das MWNO unterschiedliche Themen der Geschichte Osteuropas vom 16. bis ins 21. Jahrhun-



Sandra Dahlke

dert. Die Verlagerung von Forschungsrouten an die vermeintlichen „Ränder“ ist dabei nicht mit „Randgeschichten“ zu verwechseln – genauso wenig wie Mikrogeschichte „kleine“ Geschichten produziert.

Der Gang in Archive an den interimperialen Kontaktzonen erfordert aber auch ein institutionelles Wissen, das noch nicht so breit aufgestellt ist. Das MWNO arbeitet mit lokalen Institutionen zusammen, um Wege in die Archive vor Ort zu ebnen. Zudem ist ein Archivblog geplant, in dem Forschende ihre Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Archiven jenseits von Russland weitergeben.

DEZENTRAL FÖRDERN

Das MWNO fördert den transnationalen Wissenschaftsaustausch über Vorträge sowie Workshops. Zudem schreibt das Netzwerk zweimal pro Jahr ein- bis dreimonatige Forschungsstipendien aus. Darüber lässt sich etwa Medizingeschichte in Semei betreiben; die Erforschung internationaler Treffen von Politik und Kunst in Taschkent vorantreiben; die interimperiale Geschichte des Baltikums oder die Kollektivierungskampagne im Südkaukasus untersuchen. Auch Zwangsumsiedlungen und Deportationen von und an die „Peripherien“ lassen sich unter die Lupe nehmen – mit einem Forschungsstipendium kann man bis zu zwei Regionen abdecken. Eine langfristige Förderung erhalten in Tbilissi, Vilnius oder Helsinki angebundene Residenzfellows, die auf Einladung der MWNO-Direktion mehrere Monate zu ihren Themen forschen können. Für Wissenschaftler*innen aus der Region gibt es ebenfalls unterschiedliche Förderformate.

Eine weitere Option ist die Gerald D. Feldman-Reisebeihilfe der MWS, die bis zu drei einmonatige Forschungsaufenthalte in den Gastländern von MWS-Institutionen fördert. So kann man im Rahmen des MWNO in Helsinki starten, um dort die Bestände in der 1828 als imperiale Zentralbibliothek gegründeten Slavonic Library zu konsultieren; und dann in die imperialen Archive in Georgien fahren. Mit diesem Stipendium lässt sich aber auch die wechselhafte Geschichte des nordeurasischen Raums in Vilnius, Lviv, Warschau und/oder Istanbul angehen.

Mehr zur Arbeit des MWNO können Sie erfahren unter www.mwsosteuropa.hypotheses.org



Cost Action: 23149 Democratization at State? Comparing Anti-Gender Politics in Central and East European Countries and Near and Middle East



Bericht: Heidi Hein-Kircher

Der Versuch der Regierung Orbán, die Budapest Prideparade 2025 zu verhindern, ist das jüngste Beispiel für die politische Instrumentalisierung des Schlagwortes „gender“ und verwandter Begriffe, um demokratische Bürger- und Freiheitsrechte einzuschränken. In Ungarn, wie in zahlreichen Staaten des östlichen Europa und weit darüber hinaus, wirkt das Buzzwort „gender“ als Kitt für unterschiedliche illiberale Kräfte. Es ist zum Codewort populistischer Haltungen geworden: Hier seien etwa die Äußerungen der polnischen PiS-Regierung oder die pejorativen Äußerungen Vladimir Putins über „gender“ als westliche Ideologie als Beispiele aus dem östlichen Europa genannt, die zeigen, wie sehr anti-gender Politiken und Ideologeme in der Gegenwart wirksam sind und bisherige gesellschaftliche („europäische“) Normen und demokratische Errungenschaften erheblich in Frage stellen oder gar bedrohen. Die vergleichende und vertiefende wissenschaftliche Untersuchung von Antigender-Politiken ist somit zu einem Desiderat interdisziplinärer und transnationaler Forschung geworden, welches durch das im Rahmen der Cost Action geförderten Netzwerks aufgegriffen wird.

Die COST-Action CA23149 zielt darauf ab, ein wissenschaftlich fundiertes, umfassendes und intersektionales Verständnis von den geschlechterfeindlichen Politiken als wachsende Bedrohung für Demokratie, Gleichheit und Grundrechte in Europa in interdisziplinärer und transnationaler Perspektive zu entwickeln.

Das so geschaffene, interdisziplinäre Netzwerk diskutiert und untersucht die Entstehung und die

Auswirkungen der geschlechterfeindlichen Politiken in Europa, dem Nahen Osten und Maghreb sowie ihre gesellschaftlichen Auswirkungen. Es unterstützt den Austausch zwischen Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, politischen Entscheidungsträger*innen und der Zivilgesellschaft und will fundierte Antworten auf die skizzierten Entwicklungen geben und dabei auch die historischen Wurzeln betrachten. Ziel ist es, länder- und regionenübergreifende Daten und Methoden zu entwickeln und Ergebnisse auch in Transferprodukten bereitzustellen, welche die Arbeit von NGOs und anderen gesellschaftlichen und politischen Akteur*innen, beispielsweise im Bildungssektor, stärken sollen. Durch die Analyse der Art und Weise, wie geschlechterfeindliche Akteure, Diskurse und Politiken demokratische Institutionen und den Rahmen für soziale Gerechtigkeit in Frage stellen, bietet diese Aktion kritische Einblicke in die politischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen, welche das heutige Europa prägen.

COST-Actions werden durch die *European Cooperation in Science and Technology* (COST) Association für vier Jahre als Netzwerke für wissenschaftlichen Austausch sowie für Diskussionen mit Stakeholdern und NGOs finanziert. Darüber hinaus werden Reisestipendien zu Konferenzen und Kooperationspartner*innen vergeben sowie die Erarbeitung von Transferprodukten ermöglicht. Als wesentliche Voraussetzung wird nach dem Affiliationsprinzip die Inklusion von Nachwuchswissenschaftler*innen und von Kolleg*innen aus den Inclusiveness Target Countries (ITCs, der im Wesentlichen der seit 2004 der EU beigetretenen und assoziierten Staaten), aber auch der Near Neighbour Countries (NNCs, im Wesentlichen der östliche und südliche Mittelmeerraum und einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion) definiert. Derzeit ruht Ungarns Mitgliedschaft in der COST Association, in Russland und Belarus affine Kolleg*innen dürfen derzeit nicht aufgenommen werden.

CA23149 wird seit November 2024 gefördert. Derzeit sind rund 250 Wissenschaftler*innen aus 34 Staaten im Netzwerk vertreten. Auf Grund des Themas liegt ein Schwerpunkt ihrer Affiliationen in den ITCs. Sie stammen aus zahlreichen Disziplinen, wie der Geschichtswissenschaft, Sozio- und Politologie bis hin zur Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre. Sie sind in vier Arbeitsgruppen mit jeweils einem bestimmten analytischen Fokus organisiert. Interessierte Wissenschaft-

ler*innen, Stakeholder und Vertreter*innen von NGOs können sich über die Plattform e-cost.eu bewerben.

Heidi Hein-Kircher leitet als Chair die COST-Action 23149. Sie ist Direktorin der Martin-Opitz-Bibliothek Herne und Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Spezifische Fragen können an heidi.hein-kircher@ruhr-uni-bochum.de gestellt werden.



**DEMOCRATISATION
AT STAKE**
COMPARING ANTI-GENDER POLITICS

Projektwebseite:
www.comparing-antigender-politics.eu

Offizielle COST-Webseite
www.cost.eu/actions/CA23149/



Wissenschaft und Forschung in Zeiten von Repression und Krieg

Mit Beginn der russischen Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 wurden auch die wenigen verbleibenden Forschungsk Kooperationen mit Russland eingestellt, der ohnehin nur noch eingeschränkt mögliche Zugang zu Daten, Quellen und anderem Material quasi vollkommen eingeschränkt. Dies hat weitreichende Folgen für Forschungseinrichtungen, aber auch die Forschenden selbst und ihre Arbeiten. Über diese Folgen für die Politik- sowie die Geschichtswissenschaften, über Möglichkeiten, doch noch an Material zu kommen und über Veränderungen in der Themenwahl berichten **Michael Rochlitz**, Mitglied im DGO-Vorstand und Professor an der Universität Oxford und **Sandra Dahlke**, Direktorin des Max Weber Netzwerks Osteuropa.

Michael Rochlitz: „Die Qualität der noch zugänglichen Daten hat merklich abgenommen“

DGO: Wie beeinflusst der russische Angriffskrieg die politikwissenschaftliche Forschung zu Russland?

Michael Rochlitz: Insbesondere seit Februar 2022 ist es viel schwieriger geworden, an Informationen aus Russland zu kommen. Viele bis dahin öffentlich zugängliche Daten werden nicht mehr veröffentlicht. Zugleich hat die Qualität der noch zugänglichen Daten merklich abgenommen, zum Beispiel die von der staatlichen Statistikbehörde Rosstat zu demografischer und wirtschaftlicher Entwicklung Russlands veröffentlichten Informationen. Mehr als zuvor gibt es hier den Verdacht, dass Daten manipuliert werden.

Auch Feldforschung in Russland ist nur noch schwer möglich, vor allem seit die DGO im Juli 2024 zur extremistischen Organisation erklärt wurde. Und es wird zunehmend schwerer, zu politisch oder wirtschaftlich heiklen Themen in Russland Umfragen durchzuführen. Während dies selbst im Herbst 2022 mit gewissen Einschränkungen noch möglich war, sind Umfrageinstitute in Russland – wie zum Beispiel das staatliche Institut FOM oder das weiterhin unabhängige Levada-Institut – mittlerweile kaum noch bereit, zu solchen Themen Umfragen ins Feld zu bringen. Zudem ist es für Forscherinnen und Forscher in westlichen Ländern schwierig, Umfrageinstitute in Russland zu bezahlen, weil man wegen der Sanktionen kein Geld nach Russland überweisen darf.

DGO: Welche Möglichkeiten gibt es noch, an zuverlässige Daten aus und über Russland zu gelangen?

Rochlitz: Eine Möglichkeit ist es, schon seit langem existierende Netzwerke oder Verbindungen zu nutzen, um mit russischen Kolleginnen und Kollegen, die weiterhin in Russland leben und forschen, Umfragen zu weniger heiklen Themen gemeinsam durchzuführen. Diese werden dann von russischer Seite aus finanziert. Im Gegenzug kann man dann zum Beispiel für die russischen Kolleginnen und Kollegen in Europa Umfragen durchführen, die sonst für die russische Seite nicht mehr möglich wären. So unterstützt man sich gegenseitig, um einen gewissen wissenschaftlichen Austausch weiterhin zu ermöglichen.

Eine weitere Möglichkeit ist es, innovative Ansätze zur Analyse sozialer Medien oder Telegram-Kanäle zu verwenden, um sich ein Bild von der öffentlichen Meinung in Russland zu machen. So können zum Beispiel Kommentare in sozialen Netzwerken und Diskussionsforen heruntergeladen und analysiert werden. Eine weitere Option ist die Verwendung von Crowdsourcing-Anbietern wie zum Beispiel Yandex Toloka, mit denen - bis zu einem gewissen Grad - Daten gesammelt oder Umfrageexperimente durchgeführt werden können. So ermöglicht es Yandex Toloka zum Beispiel, dezentral Menschen in Russland für kurze und einfache Aufgaben zu bezahlen, wie etwa das Beantworten einer Umfrage. Zudem ist Yandex Toloka mittlerweile in Amsterdam ansässig, was die Sache logistisch einfacher macht.

DGO: Inwiefern haben sich Forschungsthemen und -fragen in der Politikwissenschaft seit 2022 verändert?

Rochlitz: Eine einschneidende Veränderung ist die rapide Verbesserung von künstlicher Intelligenz im Bereich der Überwachungstechnologie. Wie wirken sich diese neuen technischen Möglichkeiten darauf aus, dass Regierungen in autoritären Staaten wie Russland ihre Kontrolle über die Bevölkerung weiter ausbauen können? In Russland hat dies mittlerweile ganz direkte Konsequenzen, indem zum Beispiel die automatische Gesichtserkennung in der Moskauer Metro dazu verwendet wird, Wehrdienstverweigerer zu identifizieren und festzunehmen.

Insgesamt sehen wir eine ganze Reihe eng miteinander verbundener und sich schnell weiterentwickelnder Phänomene. Die Bedrohung durch immer aggressiver auftretende klassische Autokratien wie Russland oder China, der wachsende Populismus und autokratische Tendenzen in den USA und Europa, und eine in dieser Form wohl noch nie dagewesene Verquickung staatlicher und unternehmerischer Interessen, wie wir sie gegenwärtig in den USA aber auch zu einem gewissen Grad im heutigen China beobachten können. Das alles passiert vor dem Hintergrund einer rapiden technischen Revolution auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, von der wir nicht wissen, wo die Reise hingeht. Im Idealfall müsste diese technische Entwicklung von staatlicher Seite aus und auf globaler Ebene genau beobachtet und notfalls reguliert werden, um verschiedene potenzielle Katastrophen zu vermeiden.



Michael Rochlitz ist Associate Professor in the Economies of Russia, Eastern Europe and Eurasia an der University of Oxford. Er erforscht die Wechselbeziehung zwischen politischen Institutionen, wirtschaftlicher Entwicklung und gesell-

schaftlichem Wandel. Sein regionaler Schwerpunkt liegt auf Russland, der ehemaligen Sowjetunion und China. Von 2019 bis 2023 war Michael Rochlitz Professor für Institutionenökonomie an der Universität Bremen, von 2017 bis 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der LMU München und von 2013 bis 2017 Postdoc und Assistenzprofessor an der Higher School of Economics in Moskau. Er ist Mitglied des DGO-Vorstands.

Leider ist derzeit genau das Gegenteil der Fall, und Möglichkeiten staatlicher Regulierung und globaler Kooperation werden untergraben und abgebaut, insbesondere in und von Seiten der USA. Für die Politikwissenschaft hingegen sind das natürlich wichtige und auch spannende neue Fragen und Forschungsfelder.

DGO: Wie sollte Wissenschaftsförderung auf diese Situation reagieren?

Rochlitz: Um die Forschung über Russland zu erleichtern, ist meiner Ansicht nach ein ganz wichtiger Schritt, die Einreiseregulierungen für russische aber auch ukrainische Forscherinnen und Forscher zu erleichtern. Momentan haben wir eine Situation, in der Kooperationen und die Einreise nach Deutschland deutlich erschwert werden. Und das trifft insbesondere die Menschen, die sich eindeutig gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ausgesprochen haben. Mehr Stipendien für Menschen aus Russland und der Ukraine, die zu diesen Themen forschen, und Möglichkeiten, flexibel Forschung über Russland (auch in Russland) zu finanzieren, wären sicherlich auch hilfreich.

Sandra Dahlke: „Mit den autoritären staatlichen Maßnahmen ging eine Radikalisierung der Erinnerungs- und Geschichtspolitik einher“

DGO: Das DHIM stand als aus dem Ausland finanzierte Institution in Russland schon länger unter Druck. Wie haben sich die Möglichkeiten für historische Forschung in Russland in den letzten Jahren verändert?

Sandra Dahlke: Das Deutsche Historische Institut in Moskau (im folgenden DHIM) ist bereits Ende Mai 2024 nach fast 20-jähriger Arbeit zur unerwünschten Organisation erklärt worden. Mit dieser Maßnahme soll Forschung über Russland behindert werden, die dem offiziellen Kurs nicht entspricht. Darüber hinaus sollen russische Kolleg*innen in Russland und auch diejenigen, die Russland verlassen haben, eingeschüchtert, isoliert und davon abgehalten werden, mit uns zusammenzuarbeiten.

Der ursprüngliche Auftrag des DHIM war seit 2014 hinsichtlich bestimmter Forschungsthemen als auch hinsichtlich der Reichweite am Standort Moskau immer schwerer zu erfüllen. Seit dem Beginn der dritten Amtszeit Vladimir Putins 2012 hat sich die Situation für eine kritische Geschichtswissenschaft in Russland sukzessive verschlechtert. Das betrifft insbesondere sensible Themenfelder der Geschichte des 20. Jahrhunderts aber auch Forschungen über die älteren Epochen (Mythen der Gemeinschafts- und Nationsbildung im ostslawischen Raum in der Frühen Neuzeit), die das Putinsche Geschichtsnarrativ in Frage stellen. Die Situation der universitären Geschichtswissenschaft war zwischen 2012 und 2020 noch ambivalent, zumindest sofern sie den akademischen Rahmen nicht überschritt. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich der Erforschung und Dokumentation sowjetischer Verbrechen widmeten und widmen, wurden weitaus früher drangsaliert bzw. mussten sich gegen Versuche staatlicher Vereinnahmung wehren.

Die Kooperation mit Wissenschaftler*innen aus der Ukraine, dem Baltikum und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die seit 2014 immer schwieriger wurde, war seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am Standort Moskau nicht mehr möglich. Die Wissenschaftsfreiheit wurde und wird insbesondere seit 2020

durch repressive Gesetze fundamental bedroht. Mit den autoritären staatlichen Maßnahmen ging eine Radikalisierung der Erinnerungs- und Geschichtspolitik einher, die von zwei der Präsidialadministration nahestehenden 2012 gegründeten Historischen Gesellschaften orchestriert wird, denen der Chef des Auslandsgeheimdienstes Sergej Naryshkin und der heutige Präsidentenberater, Putins Chefverhandler mit der Ukraine und ehemalige Kulturminister Vladimir Medinskij vorstehen. An diesen Personalien lässt sich die Bedeutung von Geschichtserzählungen als Legitimationsressource für den Putinschen Machtapparat und dessen Herrschaftssicherung ablesen. Geschichtsvermittlung in den Schulen und im öffentlichen Raum, aber auch zunehmend die Geschichtswissenschaft, dienen der Förderung eines aggressiven Nationalismus, der Militarisierung der Gesellschaft, einem geopolitischen Revisionismus und der Legitimierung des russischen Kriegs gegen die Ukraine. Inzwischen wachen das Zentrale Ermittlungskomitee, die Geheimdienste und die gleichgeschalteten Gerichte über die Einhaltung der historischen Wahrheit und geben die Grenzen des Sagbaren vor.

Seit Januar 2024 haben Ausländer*innen keinen Zugang mehr zu den Archiven der Russischen Föderation. Historische und sozialwissenschaftliche Forschungen in Russland sind für Wissenschaftler*innen aus sogenannten unfreundlichen Staaten auf absehbare Zeit nicht möglich. Russische Wissenschaftler*innen entkommen selbst im Ausland dem repressiven Arm des russischen Regimes nicht. Sie machen sich durch Kontakte mit in Russland als „unerwünscht“ oder – wie im Falle der DGO – „extremistisch“ eingestuft Organisationen strafbar.

DGO: Welche Möglichkeiten gibt es unter den aktuellen Umständen noch, zu Russland bzw. russischer und sowjetischer Geschichte zu forschen?

Dahlke: Durch Vernetzung und Kooperation: Die Max Weber Stiftung (MWS) trägt mit dem *Max Weber Netzwerk Osteuropa* diesen Herausforderungen Rechnung, indem sie mit neuen und bereits etablierten Standorten ein dezentrales Netzwerk von kleineren und flexiblen Forschungseinheiten aufbaut, die in enger Kooperation mit Forschenden, Archiven und Bibliotheken vor Ort empirisches Material erschließen und es für multiperspektivische Forschungen öffnen, darunter auch Parallelüberlieferungen aus den zentralen Archiven

des Russländischen Imperiums und der Sowjetunion. Chancen bieten auch digitale Forschungsinfrastrukturen. Es ist unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders notwendig, diejenigen Akteur*innen miteinander zu vernetzen, die digitalisiertes Archivgut bereitstellen (Bibliotheken, Archive, Fachinformationsdienste), über die Auffindbarkeit von Archivgut informieren (Repositorien – z.B. Discuss Data – Repositorium und Diskussionsplattform für Forschungsdaten der Forschungsstelle Osteuropa Bremen) und Repositorien bereitstellen, in denen Forschende ihre Daten bzw. Dokumentendigitalisate sichern und teilen können. Letztlich können peer-to-peer Forschungsnetzwerke Wissenschaftler*innen bei der Beschaffung von Archivdokumenten und der Erhebung von empirischen Daten unterstützen.

Was die Archive in der Russländischen Föderation angeht, so sind seit den 1990er Jahren eine große Menge von Dokumenten publiziert und digitalisiert worden – nicht nur zur Geschichte des Russländischen Imperiums, der vorimperialen Zeit und der Sowjetunion, sondern auch u.a. durch die Rote Armee erbeutete Dokumente des Nationalsozialismus (www.mwsosteuropa.hypotheses.org/deutsche-beute-akten-in-russischen-archiven) – bzw. befinden sich auf den Festplatten von Forschenden. Diese Dokumente verdienen es, geteilt und vor dem Hintergrund der durch den Krieg in der Ukraine erfolgten Verschiebung unserer Perspektiven anders gelesen zu werden.

DGO: Inwiefern haben sich Ihre eigenen Forschungsthemen und Schwerpunkte verändert?

Dahlke: Der Krieg gegen die Ukraine und die Unmöglichkeit, in Russland zu forschen, d.h. empirisches Material zu erheben, stellt die Osteuropawissenschaft vor eine mindestens doppelte – konzeptionelle und forschungsspraktische – Herausforderung. Er rückt sowohl die Vulnerabilität von Staaten, die an den Peripherien der großen Imperien des 18., 19. und 20. Jahrhunderts und deren Nachfolgestaaten, d.h. an den Grenzen der heutigen revisionistischen Mächte liegen als auch deren institutionell und politisch bedingte Vernachlässigung durch die Osteuropaforschung in den Fokus. Die Debatte über eine Rekonzeptionalisierung der Osteuropaforschung wird seit 2022 u.a. durch die Forderung, unsere Perspektiven als Forschende zu dekolonisieren, intensiv diskutiert. Diese Forderung verbindet sich mit einer Kritik sowohl an der institutionellen Konzentration



Sandra Dahlke ist Direktorin des Max Weber Netzwerk Osteuropa. Zuvor war sie zunächst stellvertretende Leiterin und ab 2018 Direktorin des DHI Moskau. Von 1998 bis 2011 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin

an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Es folgten mehrere Stationen als Gastwissenschaftlerin am Centre d'études des mondes russe, caucasien et centre-européen (CERCEC) an der Ecole des hautes études en sciences sociales (EHESS), Paris, am Institut für Slawistik an der Universität Leipzig sowie als Stipendiatin der Maison des sciences de l'homme (MSH), Paris und des DHI Moskau.

on der deutschen Osteuropaforschung auf Russland im Falle der Geschichtswissenschaft auf die imperiale und sowjetische Geschichte als auch am heuristischen Wert des Osteuropa-Begriffs generell. So berechtigt die Kritik an dieser Schieflage auch ist, birgt das hohe Maß an Politisierung der Debatte die Gefahr, dass Forschungen über Russland generell delegitimiert und die Fokussierung auf des imperiale Zentrum durch nationale Engführungen ersetzt werden. Gerade angesichts der Entwicklungen in Russland und angesichts des Umstands, dass manipulative Geschichtserzählungen gezielt als Mittel der Kriegsführung eingesetzt werden, ist historisch begründete Expertise umso notwendiger. Vor diesem Hintergrund stehen die Wissenschaftler*innen des *Max Weber Netzwerks Osteuropa* wie auch die Osteuropaforschung allgemein vor der Aufgabe, sowohl die Russlandkompetenz und die dafür notwendigen Wissensressourcen zu erhalten. Gleichzeitig braucht es mehr Forschung zur Geschichte der nichtrussischen Gesellschaften und Staaten, ihren Kontaktzonen mit anderen Nachbarn und ihren Perspektiven auf imperiale und post-imperiale Entwicklungen und damit ihrer Einbettung in globale Strukturen und transnationale Prozesse.

Veranstaltungsberichte

Für eure und unsere Freiheit Georgien im Zeichen des Protestes

Bericht: Daviti Tsanava (Leipzig)

Am 28. November 2024 verkündete der Premierminister Georgiens, Irakli Kobachidse, die vorläufige Aussetzung der Beitrittsgespräche Georgiens mit der Europäischen Union bis 2028. Gegen diesen Kurs des Premierministers und der Regierungspartei „Georgischer Traum“, die dem Oligarchen Bidsina Iwanischvili nahesteht, regte sich schnell Protest auf den Straßen georgischer Städte, der sich seit der intensiven Phase im Winter 2024/2025 in unterschiedlichster Form bis heute fortsetzt.

Um diese Ereignisse für eine interessierte Öffentlichkeit in Deutschland politisch sowie historisch einzuordnen und zu diskutieren, veranstaltete die DGO-Zweigstelle Leipzig am 6. Februar 2025 in den Räumlichkeiten des Europa-Hauses Leipzig eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Für eure und unsere Freiheit – Georgien im Zeichen des Protestes“. Die von der DGO und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Veranstaltung wurde durch die Unterstützung von zahlreichen Koope-

rationspartnern ermöglicht. Neben dem Europa-Haus Leipzig waren auch die Stiftung Friedliche Revolution, das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., EuropaMaidan Leipzig e.V., der Forschungsverbund „Das Umstrittene

Erbe von 1989“ und das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) beteiligt.

Die Veranstaltung wurde von der Literaturwissenschaftlerin Irine BERIDZE initiiert, die in der Zeit von Oktober bis Dezember 2024 als Stipendiatin in der Abteilung „Mensch und Umwelt“ Gastwissenschaftlerin am GWZO in Leipzig war. Ziel der Podiumsdiskussion war es, nicht nur ein akademisches Publikum zu adressieren, sondern auch explizit eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen.

Als Podiumsgäste nahmen die Historikerinnen Katie SARTANIA (Leibniz-Zentrum Moderner Orient) und Anna MARGVELASHVILI (Soviet Past Research Laboratory) teil, aus Georgien wurde der Philosoph und Kulturwissenschaftler Giorgi Maisuradze (Ilia-Universität Tbilisi) zugeschaltet. Moderiert wurde

das Gespräch von Beridze und der Kulturwissenschaftlerin Nana KAMKAMIDZE (Universität Leipzig).

Zu Beginn der Diskussion setzten die Diskussionsteilnehmer*innen die neuerlichen Demonstrationen in den Kontext einer Reihe von Protesten der letzten Jahre in Georgien. Sie beschrieben, wie schon 2023 der Entwurf für ein an die russische Gesetzgebung angelehntes Gesetz „über Transparenz ausländischen Einflusses“ Proteste auslöste. Das in Georgien als „Russisches Gesetz“ bekannte Projekt sollte regeln, dass Organisationen, die mehr als 20 % ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten, sich als „Verfechter der Interessen einer ausländischen Macht“ registrieren lassen müssen, was die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, die u.a. den Hergang der Wahlen überwachen und überwiegend von Mitgliedsstaaten der EU und den USA finanziert werden, pauschal als „ausländische Agenten“ markiert hätte. Die Diskutant*innen berichteten, wie die Regierung aufgrund der Proteste den Gesetzesentwurf erst zurücknahm, dann aber 2024 wieder vorlegte und trotz einer zweiten Protestwelle im Mai 2024 verabschiedete.

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2024 gewann die Partei „Georgischer Traum“ erneut die absolute Mehrheit, die Rechtmäßigkeit der Wahl wurde jedoch von internationalen Beobachter*innen in Frage gestellt, die Opposition warf der Regierung schlicht Wahlfälschung vor. Die Podiumsteilnehmer*innen gingen auf die angespannte Stimmung nach diesen Wahlen und den Ausbruch der dritten Protestwelle nach dem Stopp der EU-Beitrittsgespräche ein. Sie legten dar, dass die Mehrheit der georgischen Bevölkerung in Umfragen den EU-Beitritt befürwortet und eine Mitgliedschaft in der EU sogar in der georgischen Verfassung verankert ist. Margvelashvili führte aus, dass die Polizei bei allen Protestwellen gegen die Demonstrierenden und Journalist*innen zugleich mit systematischer Gewalt vorging, während Maisuradze auf die Rolle der regierungstreuen Medien bei Angriffen auf die parla-

mentarische und außerparlamentarische Opposition sowie die LGBTQ-Community des Landes hinwies. Er erklärte auch, dass parallel zu Protesten nicht nur das sogenannte „Russische Gesetz“, sondern viele weitere autoritäre Gesetze verabschiedet wurden, die die Macht der Regierungspartei konsolidieren sollten.

Die Diskutant*innen besprachen auch, wie diese Proteste – die größten der letzten Jahrzehnte in Georgien – die Bevölkerung in besonderem Maße mobilisierten. Sartania, die zu Protestkultur forscht, wies darauf hin, dass nicht nur in der Hauptstadt Tbilisi, sondern auch in anderen Städten große Demonstrationen stattfanden – bemerkenswert für Georgien, wo etwa ein Drittel der Bevölkerung in dem unangefochtenen politischen und kulturellen Zentrum des Landes Tbilisi wohnt. Die beiden Historikerinnen Sartania und Margvelashvili betonten die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung und der Dezentralisierung bei der verfassungsmäßig vorgesehenen Kontrolle der Regierung und wie diese von der aktuellen Regierung verhindert werde.

An das Podiumsgespräch schloss sich eine rege Diskussion mit dem Publikum der sehr gut besuchten Veranstaltung an. Dabei standen Fragen nach der Rolle Russlands oder der südkaukasischen Nachbarländer Georgiens im Mittelpunkt. Ein Kommentar aus dem Publikum betonte zudem, dass die Prozesse in Georgien nicht mehr als Proteste gegen einzelne Entscheidungen der Regierung zu werten seien, sondern als Widerstand gegen eine umfassende Autokratisierung.



Laboratorium Osteuropa Öffentlichkeit und Medien in Zeiten von Diktatur und Krieg

Bericht: Gemma Pörzgen

Aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums der Zeitschrift OSTEUROPA widmete sich die DGO-Jahrestagung dem digitalen Wandel in den ostmittel- und osteuropäischen Staaten. Begleitend zur Konferenz wurden einige der Vorträge und Beiträge zum Thema in einem Band der Zeitschrift OSTEUROPA publiziert.

„Europa und die gesamte Welt befinden sich in der größten Sicherheitskrise seit 80 Jahren“, sagte DGO-Präsident Ruprecht Polenz zum Auftakt der Konferenz im Auditorium Friedrichstraße. Die Jahrestagung werde sich deshalb mit der Rolle von Öffentlichkeit und Medien in Zeiten von Diktatur und Krieg beschäftigen. Medien seien unersetzliche Quellen verlässlicher Information, aber auch Instrumente zur Polarisierung und Manipulation. Umso wichtiger sei eine europäische Medienregulierung, die gleichzeitig staatliche Zensur verhindere, so Polenz.

Die Geschäftsführerin von Reporter ohne Grenzen, Anja Osterhaus, verwies in ihrem Grußwort auf die Folgen

des wiedererstarkenden Autoritarismus in Osteuropa für journalistische Arbeit. Diese sei oftmals nur noch unter größten Herausforderungen möglich, da der Druck auf unabhängig arbeitende Journalist*innen stetig wachse. Dies zeigten auch die Beiträge von Journalist*innen aus der Region, die die Zeitschrift OSTEUROPA regelmäßig veröffentlicht.

100 JAHRE OSTEUROPA:
EIN DEUTSCHER
BLICK AUF DAS ÖST-
LICHE EUROPA

In der Geschichte dieser Zeitschrift über 100 Jahre, so Chefredakteur Manfred SAPPER in seinem Jubiläumsvortrag, spiegeln sich historische Prozesse. Sapper ging zunächst auf die Anfänge der Zeitschrift in der Weimarer Republik ein, in der sie bereits eine Verbindung zwischen Wissenschaft

und Politik schaffen sollte. Die Hefte waren von Anfang an vielfältig in ihrer Themenwahl, zum Autorenstamm gehörten Intellektuelle aus dem deutsch-russisch-jüdischen Milieu. Die Lage der OSTEUROPA veränderte

DGO-Jahrestagung
13. und 14. März 2025,
Auditorium Friedrichstraße, Berlin

In Kooperation mit der
Bundeszentrale für politische
Bildung (bpb), Reporter
ohne Grenzen (RSF)

Gefördert von der ZEIT
STIFTUNG BUCERIUS



sich mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten fundamental. Ab 1933 balancierte die Zeitschrift auf dem Grat vorausseilender Unterwerfung, Schließung oder Gleichschaltung, wie Sapper ausführte. 1939 wurde die OSTEUROPA eingestellt, viele Mitarbeiter*innen wurden im Holocaust ermordet. Im Oktober 1951 erfolgte dann ein Neuanfang mit einer neuen Redaktion und alten Netzwerken. Sapper zeichnete eindrucksvoll nach, dass die OSTEUROPA im Nachkriegsdeutschland eine Beschäftigung mit dem Zweiten Weltkrieg und mit dem Holocaust als zeithistorisches Thema über Jahrzehnte aussparte. Erst 2002 wurde der erste eigenständige Aufsatz über den Holocaust publiziert. Dennoch leistete die Zeitschrift viel für die intensive, interdisziplinäre Beschäftigung mit der Region. Sie bleibe bis heute ihrem grundlegenden Ziel treu, Neugier für die Entwicklungen im Osten Europas zu wecken, die Wahrnehmung zu schärfen, weiße Flecken zu füllen und Kenntnisse zu vertiefen. Mit Russlands Großangriff auf die Ukraine seien die Redaktion und ihre Autor*innen zwar gefragt wie noch nie, aber auch selbst zum Gegenstand des hybriden Krieges Russlands gegen Europa geworden, wie Sapper ausführte.

MEDIEN UND JOURNALIST*INNEN VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Die erste Diskussionsrunde unter Moderation von Kateryna STETSEVYCH von der Bundeszentrale für politische Bildung widmete sich unter dem Titel „Zwischen Macht und Ohnmacht: Medien in diskriptiven Zeiten“ den Herausforderungen an Journalist*innen und Medien. Die Hörfunk-Journalistin Gesine DORNBLÜTH sprach von einer Zeit tiefer Verunsicherung, in der die Wahrheit auf dem Prüfstand stehe und an Bedeutung zu verlieren drohe. Umso wichtiger sei deshalb ein „Konzept von Fakten und Wahrheit“, sagte die ukrainische Journalistin Olga RUDENKO, Chefredakteurin des „Kyiv Independent“. Der ARD-Korrespondent Vasili GOLOD betonte dabei, dass in einer Zeit, in der sich Desinformation auf der ganzen Welt wie eine Pandemie ausbreite, die qualitative Einordnung und ordentliche Recherche von Journalisten und Medien wichtiger sei als je zuvor.

Mit Sorge verwies Rudenko auf die Auswirkungen der Kürzungen von US-Fördergeldern für die ukrainische

Medienszene. Ihr eigenes Medium „Kyiv Independent“ sei aufgrund eines funktionierenden Abosystems davon nicht betroffen, wohl aber viele andere, denen nach der plötzlichen Entscheidung der Trump-Administration die Finanzierung weggebrochen ist. Es sei schwer, diese Förderung zu ersetzen, da die EU nur geringe Mittel dafür habe. Dornblüth wies darauf hin, dass sich in den deutschen Medien die russischen Narrative und Desinformation in den vergangenen Jahren verstärkt hätten. Das gelte vor allem für die oft fragwürdige Besetzung in den TV-Talkshows. Dort seien oft starke Meinungen gefragt, und Fakten spielten eine eher untergeordnete Rolle. „Unser Diskurs ist ziemlich auf den Hund gekommen“, kritisierte sie. Der polnische Journalist Bartosz WIELIŃSKI von der „Gazeta Wyborcza“ überraschte demgegenüber mit der optimistischen These, Europa könne in der angespannten außenpolitischen Lage auch mehr zusammenwachsen und am Anfang eines goldenen Zeitalters stehen. Er sehe gerade jetzt neue Chancen, eine starke, vereinte Gemeinschaft zu schmieden - trotz der Probleme mit den USA.

DIGITALE AVANTGARDE IN OSTEUROPA

Die wachsende Bedeutung digitaler Medien war Gegenstand einer weiteren Podiumsdiskussion. Moderator Sebastian LAMBERTZ von der DGO äußerte zu Beginn die These, dass die Digitalisierung der Medien in einigen Ländern Osteuropas weiter fortgeschritten sei als in Deutschland. Gegenstand der Debatte war zudem die Frage, inwieweit Schlagzeilen immer zugespitzter ausfallen, um Klicks zu erzeugen. Der Historiker Felix ACKERMANN erläuterte die unterschiedlichen Wege, um eine größere Reichweite zu erzielen. Dazu gehöre auch die Polarisierung und Zuspitzung von Debatten. Die ukrainische Kommunikationswissenschaftlerin Tetyana LOKOT verwies darauf, dass in der Ukraine die Abwägung zwischen der Bedeutung von Klicks für das Überleben von Medien und ethischen Fragen rege diskutiert werde. „Die Auswahl einer Überschrift oder bestimmter Worte kann Nutzer traumatisieren“, sagte sie. Wichtig sei vor allem, dass die Fakten stimmten, denn viele Nutzer*innen läsen nur die Überschrift. Auch die belarussische Medienanalystin Iryna VIDANAVA betonte die Bedeutung von gutem Journalismus mit ordentlicher Recherche, hohen Standards und dem Versuch, objektiv zu bleiben. Alle Podiumsteilnehmer*innen zeigten sich besorgt darüber, wie sich die massiven Kürzungen

der US-Medienförderung auf die unabhängigen Medien in der Ukraine und belarussischen Exilmedien auswirken werden. Sie zu ersetzen, werde schwer.

BERICHTEN AUS DEM KRIEG

Bei der Debatte über „Gründe und Abgründe der Kriegsberichterstattung“ stießen zwei unterschiedliche Perspektiven aufeinander. Ellen HEINRICHS vom Bonn Institute ist eine Verfechterin des „konstruktiven Journalismus“, der die Negativ-Berichterstattung vieler Medien kritisiert und einen lösungsorientierten Ansatz vertritt. Dieser soll verhindern, dass Nutzer*innen sich angesichts der Großkrisen aus Nachrichtenmüdigkeit von der wichtigen Informationsvermittlung durch die Medien verabschieden. Heinrichs betonte, wie wichtig es sei, dass die Bundesbürger*innen auch über die Außenpolitik gut informiert würden, um ihre Wahlentscheidungen zu fällen. Gerade bei der Kriegsberichterstattung gebe es für die Journalist*innen besondere Herausforderungen, denn vielen Menschen mache das Thema Krieg Angst, sagte sie. Deshalb sei die Nachrichtenverweigerung ein zunehmendes Problem.

Der Stern-Reporter Moritz GATHMANN, seit vielen Jahren als Kriegsberichterstatter tätig, machte die Gefährlichkeit solcher Einsätze deutlich, vor allem wenn man sich in der Nähe der Front bewege. „Ich war froh, schreibender Journalist zu sein, Fotografen und Fernsehkollegen müssen noch viel näher ran“, so Gathmann. Auch die psychologischen Folgen der Kriegsberichterstattung würden häufig unterschätzt. Sie wirken sich oft erst nach der Rückkehr aus. Gathmann sprach von der schwierigen Balance zwischen Mitgefühl und Distanz für Berichterstatter in diesen Kriegslagen. Als traumatisierend erlebe man manchmal weniger die Leichen auf den Straßen, sondern beispielsweise die persönliche Begegnung mit einer Witwe, die gerade ihren Mann verloren hatte und mit zwei Kindern allein zurückblieb.

Heinrichs plädierte dafür, die Kriegsberichterstattung nicht als Frontberichterstattung zu gestalten, sondern Geschichten von Menschen und ihrem Alltag zu erzählen. Studien zeigten, dass Nutzer*innen ein größeres Interesse an Berichten hätten, die aufzeigten, wie Protagonist*innen Ausnahmesituationen gemeistert hätten. Gathmann warnte aber in der Diskussion davor, sich in der Berichterstattung zu stark auf „Leidensgeschichten“ von Kriegsoptimern zu konzentrieren. Darüber gingen Analyse und Kontext des politischen Geschehens leicht verloren.



v.l.n.r.: Iryna Vidanova, Tetyana Lokot

DER KAMPF UMS ÜBERLEBEN

In der Gesprächsrunde „Medien als politischer Lackmустest: Georgien, Kirgistan und Belarus im Vergleich“ diskutierten Khatia KIKASHVILI vom „Zentrum Liberale Moderne“ (LibMod) in Berlin, der Journalist Ingo PETZ von der Internetplattform „dekoder“ und Birger SCHÜTZ, Pressereferent von „Reporter ohne Grenzen“, mit dem Publikum über die aktuelle Lage unabhängiger Medien und einer kritischen Öffentlichkeit im postsowjetischen Raum. Sie bilanzierten, dass sich die Bedingungen für eine unabhängige Berichterstattung, freie Meinungsäußerung und eine lebendige Zivilgesellschaft in Osteuropa und Zentralasien seit 2020 weiter verschlechtert habe. In Belarus wurden nach der Niederschlagung der Protestbewegung von 2020/2021 die letzten medialen Freiräume zerstört. Seither ist eine unabhängige und kritische Berichterstattung nur noch aus dem Ausland möglich, in Belarus selbst nur über Netzwerkverbindungen wie VPN und über Telegram-, Youtube- oder Tiktok-Kanäle. Viele Journalist*innen sind in Haft, auch Nutzer*innen verbotener Inhalte werden kriminalisiert. In Kirgistan und Georgien gab es noch bis vor wenigen Jahren eine vergleichsweise vielfältige und freie Medienlandschaft, sagte Schütz. Doch auch dort sei das Umfeld deutlich schwieriger geworden. Repressionen gegen Journalist*innen, Betreiber*innen von Internetplattformen und NGOs hätten deutlich zugenommen.

Die Mediengesetzgebung wurde verschärft und „Ausländische-Agenten“-Gesetze nach russländischem Vorbild erlassen. Die georgische Regierung begründet das mit dem angeblichen „Schutz vor westlicher Beeinflussung und der nationalen Souveränität“. In Kirgistan spiele neben dem direkten und indirekten Druck aus Russland auch ein von der autoritären Führung gesteuerter Schwenk hin zu mehr „Traditionalismus“ und anti-westlichen „Familienwerten“ eine Rolle. Der emirierte Professor für Ostrecht, Otto Luchterhandt, sprach von dem Versuch einer „Homogenisierung der Regime“ im Sinne einer „imperialen Raumbeherrschung“. Dennoch seien die Freiräume für kritische Berichterstattung und Proteste in Georgien und Kirgistan im Vergleich zu anderen Ländern immer noch gegeben, hieß es. Doch diese Räume würden durch staatliche Eingriffe zunehmend begrenzt. Dabei spielen Zensur und Selbstzensur ebenso eine Rolle wie die Kürzungen von US-Fördergeldern durch die Trump-Regierung. Als Fazit blieb, dass eine geeinte EU in der Verantwortung stehe, Qualitätsjournalismus und Meinungsfreiheit zu unterstützen.

RUSSLANDS MEDIALE EINFLUSSNAHME IN DEUTSCHLAND

Die Informationspolitik in Deutschland sei ohne den Blick nach Russland nicht zu verstehen. Mit dieser provokanten These eröffnete die Politologin Susanne SPAHN die Dis-



v.l.n.r.: Susanne Spahn, Marcus Bensmann, Heike Winkel

kussionsrunde über Russlands mediale Einflussnahme in Deutschland. Sie erläuterte, wie russische Akteur*innen über soziale Netzwerke und mit Hilfe russischer Online-Medien wie Russia Today versuchten, die bundesdeutsche Demokratie als dysfunktional darzustellen. Trotz eines in der EU geltenden Verbots verzeichne die Website RT.de monatlich etwa vier Millionen Zugriffe, so Spahn.

Ein gängiges Vorgehen der russischen Desinformation sei es, zentrale Begriffe in ihrer Bedeutung zu verdrehen, ergänzte der Journalist Marcus BENSMANN vom Investigativ-Medium „Correctiv“. Um zu verdeutlichen, wie das funktioniert, verwies er auf ein Beispiel aus einem anderen Kontext, nämlich auf die Rede von US-Vizepräsident JD Vance bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2025. Der US-Politiker habe mit Verweis auf die rumänischen Präsidentschaftswahlen behauptet, die Meinungsfreiheit in Europa sei auf dem Rückzug. Dabei hatte es Anschuldigungen gegeben, die Wahlen seien von russischer Desinformation beeinflusst worden. Gleichzeitig werde in den USA akkreditierten Journalist*innen der Zugang zu Pressekonferenzen im Weißen Haus verweigert, so Bensmann. Russland versuche mit Desinformationskampagnen die Demokratie in Deutschland und Europa zu untergraben. Die Erkenntnis, dass es eine solche Einflussnahme gebe, sei zwar vorhanden, aber es fehle der politische Willen, dagegen vorzugehen, kritisierte Bensmann.

Auch die Unterstützung antidemokratischer Bewegungen in Deutschland sei ein Teil des russischen Vorgehens, so Spahn. So sei die rechtsextreme Monatszeitschrift „Compact“ von Anfang an von RT.de gefördert worden. Bewegungen wie Pegida, die „Querdenker!“, aber auch die Partei AfD würden als Ressourcen im Informationskrieg genutzt, um russlandfreundliche Narrative zu verbreiten. Im Einklang mit Bensmann mahnte auch Spahn, dass Russland die Zögerlichkeit der deutschen Politik ausnutze und sogar Wahlempfehlungen verbreite. Abschließend plädierte Bensmann dafür, in Europa einen unabhängigen Raum für soziale Netzwerke zu schaffen. Auch die IT-Sicherheitsstruktur müsse stärker geschützt werden.

MEDIENFREIHEIT UND REPRESSION

Um Anforderungen an eine unabhängige journalistische Arbeit zwischen „Medienfreiheit und Repression“ ging es beim Abschlusspanel der Tagung. Weil die journalistische Arbeit in Aserbaidshan für das unabhängige Online-Medium „Abzas Media“ unmöglich wurde, hat die Redaktion ihre Arbeit ins Exil verlagert, sagte die aserbaidshanische Journalistin Leyla MUSTAFAYEVA. Rund 30 Journalist*innen, darunter auch ihre Kolleg*innen, saßen in Haft. Auch ausländische Medien wie BBC oder Bloomberg dürften in Aserbaidshan nicht mehr arbeiten. Trotz akuter Gefährdung seien noch loka-

le Journalist*innen vor Ort tätig, aber nur anonym. Beim Blick auf die schwierige Lage der Pressefreiheit in Ungarn liege der entscheidende Unterschied in der EU-Mitgliedschaft, sagte der Journalist Szabolcz PANYI vom Medium „VSquare.org“ in Budapest. Deshalb sei es für Ministerpräsident Viktor Orban trotz seiner Putin-Nähe nie eine Option gewesen, Journalist*innen zu inhaftieren, sie zusammenschlagen oder gar töten zu lassen. Das „playbook“ für den Umgang mit Medien stamme eigentlich aus Russland, aber Orban habe die Methoden an die EU angepasst und lasse die Medien finanziell ausbluten, so Panyi. Regierungsnahe Unternehmer hätten die Medien aufgekauft und in Propagandakanäle umgewandelt. Solange es ein solches Übergewicht an Medien dieser Ausrichtung gebe, bereiteten die wenigen unabhängigen Online-Medien, die noch geblieben sind, Orban keine Probleme. Pany betonte außerdem, wie stark Orban auf die US-amerikanische Entwicklung unter Trump einwirke. Der ungarische Premier sei in die USA gereist und habe sich mit Republikanern getroffen, um aufzuzeigen, wie ihm die Kontrolle der Medien in Ungarn gelungen sei.

Von den mehr als zehnjährigen Erfahrungen als Exilmedium berichtete Katerina ABRAMOVA, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit beim russischen Nachrichtenportal „Meduza“ mit Sitz in Riga. Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seien die Herausforderungen für Meduza immer stärker gewachsen. Die Nachrichtenseite wurde in Russland geblockt, die verdeckt arbeitenden Mitarbeiter*innen im Land seien massiv gefährdet und gleichzeitig müsse Geld über Fördermittel und Crowdfunding eingeworben werden. „Das sind so viele Aufgaben auf einmal“, so Abramova. Aber professionell gesehen, sei das Interesse an verlässlichen Informationen gerade riesig. „Wir sind jetzt auch eine wichtige Quelle für internationale Medien geworden.“ Aber die Dauer des Exils ziehe sich länger hin als ursprünglich gedacht. Das bedeute, dass viele Kolleg*innen überarbeitet und die bürokratischen Hürden groß seien. Gleichzeitig müsse man als modernes Medium alle neuen Trends mitmachen. Die weltweite Polarisierung mache es für alle Medien schwer, sagt Abramova. „Das wichtigste bleibt für uns, unsere Leser in Russland zu erreichen.“

Mustafayeva machte deutlich, dass ihre Redaktion vor allem rund um die Zuspitzung des Karabach-Konflikts im Herbst 2023 große Schwierigkeiten hatte, ihre Berichterstattung auszubalancieren. „Es war für uns schwer, als der Krieg ausbrach und der autori-

täre Präsident Ailjew zum großen Helden der Nation wurde.“ Es sei nahezu unmöglich gewesen, in den sozialen Medien den Staatschef zu kritisieren. Abzas habe dennoch sehr kritisch über die Korruption beim Wiederaufbau der von Aserbaidshan zurückeroberten Gebiete berichtet. Diese Recherchen hätten dazu beigetragen, den Blick vieler Aserbaidshaner auf die Präsidentenfamilie und die politische Elite zu verändern.

Zu einer hitzigen Kontroverse kam es zwischen Abramova und der ukrainischen Journalistin Rudenko, die sich aus dem Publikum mit massiver Kritik an einem umstrittenen Werbevideo von Meduza zu Wort meldete. Ihr Vorwurf lautete, dass Meduza Bilder von ukrainischen Kriegsgesopfern zu Werbezwecken benutzt habe. Dies habe in der Ukraine vermutlich weitaus mehr Aufmerksamkeit gefunden als in Deutschland, wo diese Kurzfilme in den Kinos liefen. Abramova, die sich für das Video verantwortlich zeigte, erläuterte, dass diese Meduza-Kampagne vor allem dazu gedient habe, das Exilmedium in Deutschland bekannter zu machen. Der Krieg in der Ukraine sei nun mal das Hauptthema der Berichterstattung in den vergangenen Jahren gewesen. Die deutsche Agentur habe auf Instagram ein Foto eines Kriegsgesopfers unglücklich ausgewählt, das dann die Diskussion ausgelöst habe.

Zum Abschluss diskutierte das Podium über die Herausforderungen von Qualitätjournalismus. Mustafayeva wies daraufhin, dass die hohe Zahl inhaftierter Journalist*innen in Aserbaidshan viele junge Kolleg*innen abschrecke. Eine gute Journalistenausbildung gebe es im Land nicht mehr und „Abzas Media“ sei gezwungen, immer stärker mit sogenannten Bürgerjournalisten zusammenzuarbeiten. Der Journalismus stecke auch in Ungarn in einer tiefen Krise, sagte Panyi. Es gebe dort praktisch keine Journalistenausbildung mehr. Die meisten jungen Leuten wollten heute eher in der PR und Öffentlichkeitsarbeit tätig werden. Der Berufsstand sei über Jahre diskreditiert worden. Trotzdem gebe es immer noch junge, talentierte Journalisten in Ungarn, bei denen man sich wundere, woher sie kämen. „Sie sind mutig und professionell.“ Bei Meduza werde auch viel darüber nachgedacht, wie es wohl in zehn Jahren in der Branche aussehe. „Es ist Teil unserer Mission, die Berufsstandards hochzuhalten“, so Abramova. Die Debatte endete mit einem Appell an alle Teilnehmenden, die bedrängten Medien gerade angesichts der US-Kürzungen und zunehmenden Repression in vielen Ländern stärker zu unterstützen.

80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Erinnerungspolitik in Belarus und Russland

Bericht: Shantanu Patni

Der 9. Mai, symbolträchtiger Tag des sowjetischen Sieges im Zweiten Weltkrieg, ist im postsowjetischen Raum längst zum Instrument einer militarisierten Erinnerungspolitik geworden.

Dies zeigt sich besonders in Belarus und in Russland. Die Online-Diskussion des Forums für historische Belarus-Forschung widmete sich daher der Frage, wie Erinnerung in diesen Ländern politisch aufgeladen und gesellschaftlich geformt wird. Die Historikerinnen Tatiana ASTROUSKAYA und Kristiane JANEKE, der Soziologe Mischa GABOWITSCH und der Kulturhistoriker Aliaksei BRATACHKIN analysierten unterschiedliche Aspekte eines Gedächtnisfeldes, das durch wachsende staatliche Autorität und Kontrolle geprägt ist.

Astrouskaya beschrieb die erinnerungskulturelle Situation in Belarus als besonders restriktiv. Öffentliche Auseinandersetzungen mit Themen wie Gewalt oder Verfolgung seien faktisch ausgeschlossen; es fehle an Sprache und Raum, um solche Erfahrungen gesell-

schaftlich zu artikulieren. Zwar gebe es familiäre Narrative von Verlust, Flucht und Überleben, das staatlich vermittelte Bild jedoch konzentriere sich auf die heroische Partisanenbewegung und eine kollektive Opfererzählung. Jede Abweichung wird dabei als Bedrohung des offiziellen Selbstbilds betrachtet. In Schulbüchern werde die Gewalt des Staatsapparats ebenso ausgeblendet wie der Holocaust.

Bratachkin fügte hinzu, dass „der Große Vaterländische Krieg“ zum moralischen Gründungsmythos der Gegenwart umfunktioniert wurde. Die Verwendung des Begriffs „Genozid am belarusischen Volk“ sei dabei Teil einer politischen Strategie, sich als universelles Opfer historischer Gewalt zu

inszenieren, um daraus politische Ansprüche abzuleiten. In dieser Logik würden Geschichte und Gegenwart miteinander kurzgeschlossen: Wer das historische Narrativ hinterfragt, stellt sich gegen die Nation.

In der russischen Erinnerungspolitik zeichneten sich ambivalente Grauzonen ab, so Gabowitsch. Vermehrt gebe es Initiativen, gefallene Kämpfer der Söldner-

gruppe Wagner symbolisch zu ehren – ein Vorstoß, der vor allem von ultranationalistischen Kreisen getragen werde, während der Staat ihm mit kalkulierter Zurückhaltung begegne. Offizielle Unterstützung gebe es nicht, doch an einzelnen Orten würden solche Aktionen bereits stillschweigend toleriert.

Gabowitsch warnte vor der Illusion, dass es ein „wahres“ oder gar neutrales Gedenken jenseits staatlicher Rahmung gebe. Erinnerung sei immer umkämpft, immer selektiv. Doch was sich in Russland und Belarus derzeit vollziehe, sei mehr als nur Konkurrenz um Deutungshoheit: Es sei die systematische Auslöschung nicht genehmer Erinnerungsformen. Er plädierte dafür, gerade in solchen Kontexten jene Räume sichtbar zu machen, in denen alternative Erinnerungen überleben – sei es in familiären Erzählungen, künstlerischen Arbeiten oder im Exil.

Die belarussische Erinnerungspolitik folge auch heute noch einer Logik, die aus der sowjetischen Nachkriegszeit stamme, so Bratachkin. Wer erinnert, müsse sich bekennen – zum Staat, zur Opferrolle, zur heroischen Vergangenheit. An dieser Struktur hat sich wenig geändert. Auch wenn Lukaschenkas Regime zeitweise eigene Symbolik etablierte – etwa die „Blume des Sieges“ als Alternative zum russischen Georgsbändchen – das zugrunde liegende Modell bleibe unverändert. Zudem lasse sich seit 2020 eine neue Phase der Militarisierung beobachten, in der staatliche Rituale weniger an historische Genauigkeit als an affektive Gefolgschaft appellieren würden. Bratachkin betonte dennoch, dass Erinnerung nie vollständig kontrollierbar sei – nicht einmal in einem autoritären Staat. In der

Spannung zwischen offizieller Inszenierung und persönlicher Erinnerung liege das Potenzial für Dissens.

Die Diskussion machte eines besonders deutlich: In Russland wie in Belarus ist das Gedenken an den 9. Mai keine nostalgische Rückbesinnung, sondern ein strategisches Herrschaftsinstrument. Schulbücher, Museen und Feierlichkeiten dienen dabei nicht der historischen Aufklärung, sondern der Disziplinierung. Erinnerung wird nicht bewahrt, sondern gesteuert – mit Nachdruck und Aggressivität. Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs fungiert als Reservoir politischer Legitimation. Zum Abschluss der Veranstaltung betonte Moderatorin Janeke, wie wichtig es sei, die politischen Entwicklungen in den beiden Ländern zu verfolgen und zu analysieren. Das große Interesse am Thema spiegelte sich auch in der hohen Zahl der Zuhörer*innen während der Diskussion wider.

Wenn Erinnerungspolitik zur politischen Waffe gemacht wird, ist ihre Analyse keine historiografische Nebensache, sondern zentral für das Verständnis autoritärer Strategien heute. Denn genau über diese Geschichtspolitik legt der Staat die Grenzen des Sagbaren im Hier und Jetzt fest.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen:
www.youtube.com/watch?v=n5E8_AcxVKw&list=PL-jZ0CtiYBKz7NxwtzIAbb4TRsKaEZ8Exd&index=2



Ein neuer ‚Fall Ungarn‘? Die Slowakei unter Robert Fico

Bericht: Shantanu Patni

Im Vorfeld des historischen NATO-Gipfels in Den Haag, bei dem die Erhöhung der Verteidigungsausgaben von zwei auf fünf Prozent der Wirtschaftsleistung beschlossen wurde, sorgte der slowakische Premierminister Robert Fico für Aufsehen: Er verglich die NATO mit einem „Golfklub“ und stellte infrage, ob die Slowakei den neuen Mitgliedsbeitrag zahlen werde. Dabei spielte er offen mit dem Gedanken einer Neutralitätspolitik, die seiner Ansicht nach für das Land vorteilhafter sei. Diese Haltung rief nicht nur Kritik von der Opposition hervor, sondern auch von dem ihm politisch nahestehenden Präsidenten Peter Pellegrini.

Ficos Außen- und Innenpolitik, das Vorgehen seiner Regierung gegen Justiz und Medien sowie mögliche

Parallelen zum Regierungsstil des ungarischen Präsidenten Viktor Orbán waren Thema eines gemeinsamen Webtalks von DGO und Friedrich Naumann Stiftung. Volker WEICHSEL (Zeitschrift OSTEUROPA) moderierte das Gespräch zwischen Barbora KREMPASKÁ (Friedrich-Naumann-Stiftung Prag) und Kai-Olaf LANG, Senior Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Dabei ging es auch um die Diskrepanz zwischen

der geringen Aufmerksamkeit für die Slowakei in der deutschen Öffentlichkeit und ihrer wichtigen Rolle für die europäische Sicherheitsarchitektur, auf die Sebastian LAMBERTZ (DGO) zur Begrüßung hinwies.

Lang eröffnete die Diskussion mit einer Analyse jener Gesetzesinitiativen, mit denen die Regierung Fico

angeblich der Korruption den Kampf ansagen möchte. Im Zentrum stünden Änderungen am Strafbuch – insbesondere die Verkürzung von Verjährungsfristen und die Milde rung von Strafmaßen. Lang wies in diesem Zusammenhang auch auf die faktische Auflösung der Sonderstaatsanwaltschaft hin, die er als tiefen Einschnitt in die

rechtsstaatliche Ordnung der Slowakei wertete. Ficos außenpolitischer Auftritt sei von souveränen Leitlinien geprägt, so Lang, und der Premierminister vertrete einen Kurs, der auf „alle vier Himmelsrichtungen“ ziele – vor allem aber auf eine pragmatische Öffnung nach Osten.

Im Bereich der Medien zeichnete Lang das Bild eines weitreichenden Umbaus des öffentlich-rechtlichen

Rundfunks. Politische Nominierungen in Leitungspositionen hätten die Kontrolle durch die Regierung deutlich verstärkt. Gleichwohl, so Lang, sei das staatliche Medienangebot noch kein gleichgeschalteter Propagandakanal – kritische Stimmen gebe es durchaus, nicht zuletzt eine „vitale Zivilgesellschaft“ sowie eine führungsstarke Opposition in Form der Partei Progresívne Slovensko. Zudem verfüge die regierende Koalition weder über eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit noch über politische Geschlossenheit. Sie sei ein instabiles Bündnis ideologisch divergierender Kräfte.

Während Lang noch ein Bild der institutionellen Resilienz zeichnete, erinnerte Krempaská daran, dass binnen weniger Stunden nach Vereidigung der neuen Regierung die gesamte Polizeiführung ausgewechselt wurde – ein Schritt von bemerkenswerter Radikalität, der einen beunruhigenden Zugriff auf zentrale Institutionen des Gewaltmonopols markiert. Zugleich konstatierte sie, dass kritische Stimmen in der Öffentlichkeit zunehmend diskreditiert würden. Diese Entwicklung, so Krempaská, stehe in direktem Zusammenhang mit dem Attentatsversuch auf Ministerpräsident Fico im Mai 2024 – ein Schockmoment, der zwar für nationale Erschütterung sorgte, zugleich der Regierung aber auch als Vorwand diene, um die Versammlungsfreiheit einzuschränken.

Auch im Bereich der staatlichen Kulturpolitik konstatierte Krempaská tiefgreifende Veränderungen: Mehrere kulturelle Einrichtungen sowie öffentliche Institutionen seien an regierungsnahen Personen übertragen worden. Doch genauso wie Lang betonte sie, dass der SMER (slovenská sociálna demokracia – Slowakische Sozialdemokratie)-Parteichef kein ideologisch starrer Politiker, sondern eher ein Chamäleon der politischen Landschaft sei. Seine Führung offenbare ein Vorgehen, das sich fast ausschließlich an der Stimmung der Wählerschaft orientiere. Die verschiedenen Facetten seiner Positionen – mal konservativ-katholisch, mal sozialdemokratisch, seien in erster Linie von Umfragewerten angetrieben und weniger von dogmatischen Überzeugungen. Diese Flexibilität der Ideologie sei symptomatisch für die politischen Verhältnisse in der Slowakei.

Weichsel ergänzte diese Einschätzung um den Hinweis, dass die politischen Strömungen, die Fico zu bedienen suche, nicht allein von der politischen Klasse erzeugt wurden, sondern tief in der slowakischen Gesellschaft verwurzelt seien. Fico nutze geschickt die „Launen der Gesellschaft“ und schaffe es so, politische Narrative zu setzen, die sich nicht allein auf eine pro-russische Haltung reduzieren ließen, sondern komplexer geartet seien. Die tief verwurzelte Polarisierung erlaube es der politischen Führung, je nach Lage gezielt unterschiedliche Wählerschichten zu bedienen.

Ökonomisch operiere Fico auf einem Drahtseil, konstatierte Krempaská. Die Slowakei sei massiv von EU-Geldern abhängig, zugleich setze der Premier weiter auf russische Energie – auch wenn dies klar der Sanktionspolitik der EU widerspricht. „Ohne EU-Gelder geht die Slowakei pleite“, warnte Krempaská. Sie beschrieb Ficos Kurs als riskantes Spiel: Er teste bewusst die Belastungsgrenzen Brüssels aus und wolle ausloten, wie nah die EU an den Rand der slowakischen Zahlungsfähigkeit gehen würde, ohne selbst den Abgrund zu öffnen.

Die Diskussion ließ keinen Zweifel daran, dass demokratische Institutionen und rechtsstaatliche Prinzipien in der Slowakei zunehmend unter Druck geraten. Krempaská und Lang waren sich einig: Ein direkter Angriff auf die Gewaltenteilung ist bislang ausgeblieben, könnte aber angesichts der politischen Entwicklung nicht ausgeschlossen werden. Mittelfristig sei mit einem transaktionalen Verhältnis zwischen Bratislava und Brüssel zu rechnen, geprägt weniger von gemeinsamer Normbindung als von pragmatischer Interessenabwägung. Im Bewusstsein dieser komplexen Realität bleibt der Blick auf die Zukunft der Slowakei offen – und skeptisch.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen:
www.youtube.com/watch?v=oUF_3Fbd0nY



Akademische Orthodoxe Theologie in der Ukraine Perspektiven für die Zeit nach dem Krieg

Bericht: Regina Elsner

Vom 27. bis 29. Juni führte die Fachgruppe Religion der DGO eine Vernetzungstagung ukrainischer Theolog*innen und Theologiestudierender durch, die aufgrund des russischen Angriffskrieges ihr Heimatland verlassen haben. Wie in den meisten orthodox geprägten Ländern ist Theologie in der Ukraine als akademisches Fach vorrangig innerhalb kirchlicher Hochschulen angesiedelt. Die meisten Studierenden sind angehende oder bereits geweihte Priester, nur wenige Laien – Männer und Frauen – studieren orthodoxe Theologie, da es kaum Berufsfelder für sie gibt. Seit 2022 wuchs die Zahl der Priester, die aufgrund ihrer großen Familien das Land verlassen durften und in Deutschland eine neue Heimat fanden. Während manche von ihnen das Theologiestudium aufgrund von Erwerbsarbeit abbrechen oder aufgeben mussten, konnten einige andere im deutschen Hochschulsystem weiter studieren oder eine Weiterqualifizierung beginnen. Der Austausch zwischen ukrainischen und deutschen Theolog*innen ist zu einer wichtigen Möglichkeit geworden, Kenntnisse über die ukrainische theologische Tradition in die deutschen Diskurse einzubringen und gleichzeitig die besondere Situation der Theologie an staatlichen Univer-

sitäten in Deutschland für den ukrainischen Kontext zu reflektieren. Vor dem Hintergrund der gezielten Schädigung des ukrainischen Wissenschaftssektors durch Russlands Kriegs wird außerdem diskutiert, welchen Ort orthodoxe Theologie in der zukünftigen Wissenschaftslandschaft der Ukraine einnehmen kann. Die Vernetzungstagung sollte für diesen Austausch einen strukturierten Auftakt bilden.

**Tagung der DGO-Fachgruppe
Religion**
27. bis 29. Juni 2025, Göttingen

Die insgesamt acht ukrainische Theologen und sieben deutsche Theologinnen und Theologen präsentierten in den zwei Tagen sowohl Themen der jeweiligen aktuellen Forschungsprojekte als auch Einblicke in die Geschichte und

Relevanz der Ostkirchenkunde im deutschen Kontext. Zur Tagung hatten die beiden Sprecherinnen der Fachgruppe Religion, Regina ELSNER und Jennifer WASMUTH, eingeladen, sie wurde finanziell durch die DGO und Renovabis e.V. ermöglicht.

Wasmuth (Göttingen) zeigte in ihrem Vortrag „Genius Loci. Göttingen als Stätte der Erforschung des orthodoxen Christentums“, wie sich Göttingen als Fixpunkt ostkirchenkundlicher Expertise entwickelte. Dabei

kamen die ursprünglichen Impulse in erster Linie aus der Orientforschung, so dass neben dem Interesse an konfessionellen Fragen vor allem auch kontextuelles Wissen zu Kultur und Geschichte der Region die Forschung inspirierten. In historischer Verbundenheit mit den Standorten Halle und Marburg habe sich ein Kompetenzschwerpunkt entwickelt, der für das Feld der Regionalforschung des christlichen Orients weltweite Bedeutung

erreicht hat. Die Geschichte der Ostkirchenkunde am Standort Götting zeige auch, wie dieses kleine Fach innerhalb der Theologien interdisziplinäre Diskurse aufgreifen und mitgestalten kann. Das genuin innertheologische Interesse an einem Verständnis der Kirchen des Ostens gründet eher in zeitgeschichtlichen kirchlichen Entwicklungen, vor allem der Öffnung für die Ökumene nach dem Zweiten Weltkrieg und hat dadurch keinen festen Ort im Kanon theologischer Fächer.

In seinem Beitrag „Die gegenwärtige Situation theologischer Ausbildung in der Ukraine“ thematisierte Sergij BORTNYK (Kyjiw) die prekäre Lage akademischer und kirchlicher Arbeit zu Zeiten von Russlands Krieg. Noch vor dem Krieg sei es für die orthodoxen Theologien nicht möglich gewesen, eine grundständige Akkreditierung der theologischen Studiengänge durch die staatlichen Strukturen abzuschließen. Dies erschwere nicht nur die Anerkennung des theologischen Hochschulstudiums im breiteren ukrainischen Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler*innen, sondern auch die Möglichkeiten für Theologiestudierende, im Ausland ihr Studium fortzusetzen oder weitere Qualifikationsstufen zu erreichen. Bortnyk sah aber auch eine Bringschuld bei der orthodoxen Theologie, die sich lange gegen eine Überschreitung konfessioneller Grenzen gewehrt hat und damit die Chance verpasse, Theologie als ernstzunehmende Geisteswissenschaft in der ukrainischen Gesellschaft zu vertreten.

Elsner (Münster) nahm in ihrem Vortrag „Ostkirchenkunde im Kontext aktueller politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen“ die Entstehungsgeschichte



der Ostkirchenkunde im deutschsprachigen Raum in enger Bezogenheit auf die Regional- und Sprachstudien auf. Ostkirchenkunde war damit von Anfang an Brückenbauerin zwischen verschiedenen Kirchen und zwischen akademischen Disziplinen. Die vergangenen Jahrzehnte zeigen jedoch, wie die Expertise zu Religion an Universitäten systematisch abgebaut wird, sowohl im Kontext der Theologien als auch im Kontext der Osteuropawissenschaften. Dies geschieht gleichzeitig zu einer wachsenden Bedeutung von Religionen für gesellschaftliche und zwischenstaatliche Konflikte – etwa Russlands Krieg gegen die Ukraine, aber auch der Sicherheitsbedrohung durch die russische hybride Kriegsführung im nahen und fernen Ausland und der religiösen Ideologisierung politischer Prozesse weltweit. Theologische Kompetenzen sind gefragt, sie müssen aber auch für den interdisziplinären Diskurs anschlussfähig gemacht werden. Diese Entwicklung verstärkt die Anforderung an Theologinnen und Theologen in den Ländern wie der Ukraine selbst, aktiv am interdisziplinären und internationalen Diskurs teilzunehmen.

Thomas BREMER (Berlin) stellte in seinem Beitrag „Konfessionelle Theologie an staatlichen Universitäten. Chancen und Herausforderungen“ dar, auf welcher Grundlage Theologie in Deutschland an staatlichen Universitäten integriert ist und welche Herausforderungen sich daraus ergeben. Der staatliche akademische Kontext habe den theologischen Fächern eine relativ große wissenschaftliche Freiheit im Verhältnis zur kirchlichen Institution gegeben und damit auch die Entwicklung der Kirche und ihrer Strukturen kritisch

begleitet und geprägt. Gleichzeitig geben die Staatskirchenverträge den Kirchen ein Mitspracherecht in bestimmten Fragen etwa von Personalauswahl, was in der jüngeren Geschichte bereits mehrfach zu Einschränkungen wissenschaftlicher Freiheit geführt habe und im Kontext deutscher Wissenschaftskultur die Theologie unter Rechtfertigungsdruck bringt.

Karl-Wilhelm NIEBUHR (Jena) machte in seinem Vortrag „Bibelwissenschaften in Ost und West heute. Erfahrungen aus der Kooperation zwischen orthodoxen und ‘westlichen’ Exegetinnen und Exegeten in der SNTS“ auf den Wert internationaler Fachgesellschaften aufmerksam. Der Austausch über Fachinhalte einzelner theologischer Fächer habe es an vielen Stellen einfacher gemacht, internationale Kontakte aufrecht zu erhalten, wenn die offiziellen kirchlichen Beziehungen belastet oder unterbrochen waren. Dennoch seien diese fachlichen Netzwerke nicht unbeeinflusst von kirchenpolitischen Strategien und müssten sich immer wieder an ihrer akademischen Qualität messen lassen. In Krisenzeiten wie Russlands Krieg gegen die Ukraine können etablierte Netzwerke eine Möglichkeit bieten, unbürokratisch Informationen auszutauschen und öffentliche Solidarität zu kommunizieren, sowie einen sicheren Raum für Begegnungen der vom Krieg betroffenen Seiten zu eröffnen.

Die Beiträge zum Kontext der akademischen Theologie und dem ostkirchlichen Schwerpunkt wurden von intensiven Diskussionen zur Anwendbarkeit und Relevanz der Themen für den ukrainischen Kontext begleitet. Für diesen ist zum einen prägend, dass das Verhältnis von orthodoxen Theologien und dem weiteren akademischen Feld vor allem als Folge der sowjetischen Zeit beidseitig angespannt ist. Hinzu kommt eine anhaltende Konkurrenz zwischen zwei orthodoxen Kirchen, die aufgrund unterschiedlicher politischer Loyalitäten getrennt Theologie lehren und lernen, obwohl sich die theologische Lehre der beiden Kirchen nicht unterscheidet. Dadurch gehen Synergien verloren, auch bezüglich einer internationalen Vernetzung. Auch tiefe ökumenische Vorurteile und das generelle Bedürfnis nach Abgrenzung in beiden Kirchen verhindern eine gemeinsame Strategie zur Öffnung theologischer Diskurse für den größeren akademischen Kontext bis hin zu der Tatsache, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den anderen christlichen Kirchen fast ausschließlich im Rahmen der Apologetik stattfindet.

Die Vorstellung von einzelnen Forschungsprojekten durch die ukrainischen Teilnehmer*innen zeigte wiederum die vielen Anschlussmöglichkeiten interkonfessioneller und interdisziplinärer Diskurse und ermutigten so zum fortgesetzten Austausch. Themen waren u.a. die Etablierung eines ukrainischen Netzwerks für Bibelstudien, die Erschließung des theologischen Erbes des 20. Jahrhunderts im Kontext ukrainischer theologischer Tradition, die Anschlussfähigkeit kirchlicher Diskurse etwa über kanonische Unabhängigkeit für eine größere Öffentlichkeit, Pastoraltheologie im Kontext von ukrainischen Migrationsgemeinden im europäischen Ausland, die kritische Evaluierung ökumenischer Konzepte und die empirische Erforschung von Elementen orthodoxer Spiritualität in westlichen Kirchengemeinden.

In einem abschließenden Gespräch wurden die Chancen einer Vernetzung ukrainischer orthodoxer Theolog*innen diskutiert. Auch wenn eine solche Vernetzung im Sinne der Verbesserung akademischer Sichtbarkeit höchst wünschenswert sei, wurden die Möglichkeiten angesichts der angespannten zwischenkirchlichen Lage in der Ukraine eher zurückhaltend beurteilt. Die Initiative zur Vernetzung durch Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland, die seit vielen Jahren mit ukrainischen Theolog*innen zusammenarbeiten, wurde jedoch ausdrücklich begrüßt. Für viele orthodoxe Theologen sei das Interesse und das Engagement der internationalen Fachgemeinschaft eine wichtige Quelle für Resilienz im Krieg. Besonders auch eine thematisch fokussierte Zusammenarbeit zu bestimmten theologischen Fragestellungen wird als furchtbar eingeschätzt. Wichtig wäre es allerdings, für eine größere, konfessionell inklusive und international diversere Gruppe von beteiligten ukrainischen Wissenschaftler*innen zu sorgen. Es sei außerdem zu beachten, dass sowohl während des Krieges, als auch in einer hierarchisch streng strukturierten Kirche ein wirklich freier akademischer Austausch ein hohes Maß an Vertraulichkeit erfordern würde. Vor diesem Hintergrund wurde es als sehr wertvoll gewürdigt, dass diese Tagung im kleinen Rahmen und vertraulicher Atmosphäre stattfinden konnte. Die ukrainischen Teilnehmer*innen einigten sich auf eine weitere Vernetzung zur Planung weiterer Schritte sowohl zum akademischen Austausch als auch zur kollegialen Vernetzung für eine Stärkung akademischer Theologie im ukrainischen orthodoxen Kontext.

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
W dgo-online.org

Redaktion und Satz: Dr. Sebastian Lambertz
Satz: Marta Warmińska
Redaktionsschluss: 30.06.2025

Fotos auf den Seiten: 2–3, 11, 13, 15, 24, 26, 45, 47,48 – ©Dzmitry Brushko;
23 – Karoline Gil ©ifa by Harry Schnitger; 23 – Peter Oliver Loew ©Marek Zygmunt;
30 – ©Junge DGO Gießen/Marburg; 32 – ©privat; 39 – ©Michael Rochlitz;
43 – ©Uwe Schwaab; 55 – ©Regina Elsner

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

